

1

Bonn, Montag 20. September 1965

*Sprecher: Adenauer, Amrehn, Barzel, Burgbacher, Dichtel, Dufhues, Erhard, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Kraske, Krone, Lemke, Meyers, Mikat, Scheufelen, Stingl, Stoltenberg, Strauß.*

*Ergebnis der Bundestagswahl. Verschiedenes.*

*Beginn: 15.30 Uhr*

*Ende: 17.35 Uhr*

*Kurz vor Beginn der Sitzung erscheint Bundeskanzler Dr. Erhard<sup>1</sup>, der mit lebhaftem Beifall begrüßt wird.*

#### ERGEBNIS DER BUNDESTAGSWAHL

*Adenauer<sup>2</sup>: Meine Damen und meine Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und werde mich mit Ihrer gütigen Erlaubnis sehr kurz fassen, da ja nachher vielleicht eine längere Diskussion kommen wird. Ich betone hier, daß der gestrige Sieg unserer Partei<sup>3</sup> in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung ist. Zunächst ist es, wenn ich richtig die Zeiten im Kopf habe, der erste Sieg nach der Godesberger „Bekehrung“ der SPD<sup>4</sup>. Das hat also gezeigt, daß diese Godesberger „Bekehrung“ keinen Erfolg gehabt hat. Es ist damit die*

---

1 Dr. Ludwig Erhard (1897–1977), Honorarprofessor; 1949–1977 MdB, 1949–1963 Bundesminister für Wirtschaft, 1963–1966 Bundeskanzler, 1966/67 Bundesvorsitzender der CDU. Vgl. LEXIKON S. 230–232; MIERZEJEWSKI.

2 Konrad Adenauer (1876–1967), Jurist; 1946–1949 Vorsitzender der CDU in der britischen Zone, 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1946–1949 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, 1948/49 Präsident des Parlamentarischen Rats, 1949–1963 Bundeskanzler, 1951–1955 zugleich Bundesaußenminister, 1949–1967 MdB, 1950–1966 Bundesvorsitzender der CDU. Vgl. LEXIKON S. 169–176; Hans-Peter SCHWARZ: Anmerkungen zu Adenauer. München 2004.

3 Bundestagswahl vom 19. September 1965: Zweitstimmenergebnis CDU/CSU 47,6% (1961: 45,3%); CDU 38,1% (35,8%), CSU 9,5% (9,6%), SPD 39,3% (36,2%), FDP 9,5% (12,8%), Sonstige 3,6% (5,6%). Vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 166 f.

4 Das „Godesberger Programm“ der SPD leitete den demokratischen Sozialismus nicht mehr vom dogmatischen Marxismus ab und vollzog eine außenpolitische Kursänderung. Vgl. SPD, PARTEITAG 1959; Helga GREBING: Das Programm von Godesberg und seine Bedeutung für die Politik der SPD, in: Willi Eichler zum 100. Geburtstag. Politische Programme in der Kommunikationsgesellschaft – Aussichten für die Sozialdemokratie. Düsseldorf 1996 S. 20–36.

erste Periode vergangen seit der „Bekehrung“ von Herrn Wehner<sup>5</sup> in Godesberg. Es hat gezeigt, daß unsere Partei, von der so manche geglaubt haben, sie sei eine vorübergehende Zeiterscheinung, in Wirklichkeit doch ein starker Stein ist, ein Fortschritt in der Entwicklung des deutschen Parteiwesens.

Bedenken Sie bitte weiter, daß unsere Partei eine sehr junge Partei ist gegenüber den Sozialdemokraten und auch gegenüber den Freien Demokraten, und daß wir diese ganzen Jahre bewältigt und auch diesen Kampf wieder siegreich geschlagen haben.

Herr Bundeskanzler Klaus<sup>6</sup> aus Österreich hat mich gebeten, Ihnen seine herzlichen Grüße und Glückwünsche auszusprechen. Ich bin überzeugt davon, daß dieser Erfolg den christlichen Parteien auch in Südamerika eine neue Quelle der Hoffnung für die Zukunft ist. Deshalb ist es wohl am Platze, wenn wir alle, die wir hieran gearbeitet haben, uns dieses Erfolges freuen. (*Lebhafter Beifall.*) Nun möchte ich Herrn Kraske<sup>7</sup> bitten, eine Übersicht über die Wahl zu geben, soweit man sie bisher geben kann.

*Kraske:* Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht ganz einfach, so wenige Stunden nach dem vorläufigen endgültigen Ergebnis den Versuch einer ersten Analyse zu machen. Ich muß mich deswegen auf einige wenige besonders auffallende und eindrucksvolle Punkte in diesem Wahlergebnis beschränken, die alle noch einen gewissen Vorbehalt bis zur endgültigen Wahlanalyse erfordern, die wir dieses Mal wahrscheinlich noch gründlicher vornehmen müssen als bei jeder vorangegangenen Wahl; denn dieses Wahlergebnis ist, sobald man in Einzelheiten der Bundesländer oder erst recht in Einzelheiten der Wahlkreise hineingeht, wahrscheinlich das interessanteste Bundestagswahlergebnis, das wir überhaupt gehabt haben.

Ich möchte beginnen mit einem kurzen Vergleich mit den früheren Bundestagswahlergebnissen. Wir haben dieses Mal – nach der Wahl von 1957 – mit Abstand den größten Erfolg errungen<sup>8</sup>. Wir sind nur knapp hinter dem Ergebnis von 1957 zurückgeblie-

---

5 Herbert Wehner (1906–1990), Verwaltungsbeamter; 1927 KPD, 1930/31 MdL Sachsen, 1935 Exil, 1946 SPD, 1949–1983 MdB (1957/58, 1964–1966 stv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969–1983 Vorsitzender), 1958–1973 stv. SPD-Vorsitzender, 1966–1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Vgl. KEMPF/MERZ S. 732–735; August LEUGERS-SCHERZBERG: Die Wandlungen des Herbert Wehner von der Volksfront zur Großen Koalition. Berlin 2002.

6 Dr. Josef Klaus (1910–2001), österreichischer Politiker und Jurist; 1949–1961 Landeshauptmann von Salzburg, ab 1952 Landesparteiobmann der ÖVP Salzburg, 1961–1963 Bundesminister für Finanzen, 1963–1970 Landesparteiobmann der ÖVP, 1964–1970 Bundeskanzler. Vgl. Beatrice WEINMANN: Josef Klaus. Ein großer Österreicher. Wien 2000.

7 Dr. Konrad Kraske (geb. 1926), Historiker; 1953–1958 stv. Bundesgeschäftsführer der CDU, 1958–1970 Bundesgeschäftsführer, 1971–1973 Generalsekretär der CDU, 1965–1980 MdB. Vgl. LEXIKON S. 306.

8 Bundestagswahlen 14. August 1949: CDU 25,2%, CSU 5,8%, SPD 29,2%, FDP 11,9%, KPD 5,7%, BP 4,2%, DP 4,0%, ZP 3,1%, Sonstige 10,9%; 6. September 1953: CDU 36,4%, CSU 8,8%, SPD 28,2%, FDP 9,5%, GB/BHE 5,9% DP 3,3%, Zentrum 0,8%, Sonstige 7,1%; 15. September 1957: CDU 39,7%, CSU 10,5%, SPD 31,8%, FDP 7,7%, DP 3,4%, Sonstige 7,1%. Vgl. Anm. 3.

ben. Was sich gegenüber 1957 verändert und verschlechtert hat, ist der Abstand von der SPD, der seit den Wahlen von 1953 von Wahl zu Wahl geringer geworden ist. Aber ich glaube sagen zu können, wenn man an seriöse Prognosen der letzten Wochen denkt<sup>9</sup>, liegt der größte Erfolg für die Union in diesem Wahlergebnis gar nicht so sehr in den 47,6 %, sondern darin, daß wir trotz all dieser Prognosen die SPD um über 8 % hinter uns gelassen haben.

Das ist nur eine geringfügige Verschlechterung gegenüber 1961, wo der Abstand 9 % betrug. Die SPD hat also nur 1 % aufgeholt, und dies trotz der Bemühungen – von denen der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer sprach – durch das Godesberger Programm während der letzten vier Jahre, trotz der unbestreitbaren Erfolge in den Landtagswahlen dieser vier Jahre. Ich meine also, daß dies eine ganz besondere Beachtung verdient.

Was bei der Beurteilung des Gesamtergebnisses sofort in den Blick fällt, ist darüber hinaus, daß der Zug zu den beiden großen Parteien sich immer noch weiter fortgesetzt hat. Im Jahre 1961 wählten 81,6 % CDU/CSU oder SPD; in diesem Jahr waren es 86,7 %. Ich meine, wenn ich hier etwas zu der Anlage unseres Wahlkampfes sagen darf, daß es sich wieder bewährt hat, daß wir diesen Wahlkampf in all unseren Äußerungen, in unserer gesamten Werbung im Bewußtsein der Wähler wieder zu der großen Alternative „CDU oder SPD“ gemacht haben. Ich glaube, daß dies den für uns günstigen Konzentrationsprozeß wesentlich unterstützt hat.

Nun komme ich zu den Schwierigkeiten der Analyse. Auf den ersten Blick ist es kaum möglich, in diesem Wahlergebnis irgendwelche klar erkennbaren Trends festzustellen. Man wird weder sagen können auf den ersten Blick, daß dies ein besonderer Erfolg in den großen Städten war, noch wird man sagen können, daß es ein Mißerfolg in den Städten und ein Erfolg auf dem flachen Lande gewesen ist. Die Differenzierung der Wahlergebnisse ist nach dem, was ich bis jetzt sehe, von Land zu Land außerordentlich unterschiedlich. Es gibt offensichtlich einzelne Bundesländer, die gerade in den Ballungsgebieten, in den großen Städten, aufgeholt haben, so wie es sich bei Ihnen, Herr Ministerpräsident Kiesinger<sup>10</sup>, schon in der Landtagswahl von Baden-Württemberg andeutete, während die Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen dagegensprechen<sup>11</sup>; denn hier

---

9 Prognose des Instituts für Demoskopie für 1965: CDU/CSU 49,5%, SPD 38,5%, FDP 8%, andere Parteien 4%. Vgl. JAHRBUCH DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG 1965–1967 S. 296.

10 Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), Jurist; 1935 Rechtsanwalt in Berlin, 1940–1945 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts, 1948–1951 Landesgeschäftsführer der CDU Württemberg-Hohenzollern, 1949–1958 und 1969–1980 MdB, 1958–1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1960–1966 MdL Baden-Württemberg, 1966–1969 Bundeskanzler, 1967–1971 Bundesvorsitzender der CDU. Vgl. Philipp GASSERT: Kurt Georg Kiesinger, 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2005.

11 Landtagswahl in Baden-Württemberg (26. April 1964): CDU 46,2%, SPD 37,3%, FDP/DVP 13,1%, Sonstige 3,4%. – Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (8. Juli 1962): CDU 46,4%, SPD 43,3%, FDP 6,9%, Zentrum 0,9%, Sonstige 2,6%.

haben wir in den Ballungsgebieten die größten Schwierigkeiten gehabt und am schlechtesten abgeschnitten.

Die Ergebnisse in den Bundesländern sind unterschiedlich. Sie sind positiv auf den ersten Blick, insbesondere in den Ländern mit evangelischer Bevölkerung. Das ist eines der bemerkenswertesten Ergebnisse dieser Wahl, daß das Verhältnis der Konfessionen nie so ausgeglichen gewesen ist, bei keinem Wahlergebnis wie jetzt bei diesem. (*Lebhafter Beifall.*) Wir müssen davon ausgehen, daß wir bei der zitierten Bundestagswahl von 1957 ein Verhältnis katholischer und evangelischer Wähler von annähernd 65:35 hatten, also  $\frac{2}{3}$  zu  $\frac{1}{3}$ , während wir uns wahrscheinlich bei dieser Wahl dem Verhältnis von 50:50 angenähert haben. Wir werden es nicht völlig erreicht haben; ich schätze 42:48; so wird es ungefähr sein, aber ich meine, dieses Wahlergebnis ist nun noch einmal die überzeugende Bewährungsprobe der Union. Das sollte man auch der Öffentlichkeit gegenüber in unseren Kommentaren sagen. Wir sollten es ganz deutlich herausstellen. (*Beifall.*) Es sieht so aus, als habe dieses Wahlergebnis außerdem den allgemeinen Einebnungsprozeß in den Stammburgen der einzelnen Parteien fortgesetzt. Es gibt eine ganze Reihe von Anzeichen dafür, daß sowohl wir wie auch umgekehrt die Sozialdemokraten da am meisten verloren oder am wenigsten gewonnen haben, wo wir bisher die stärksten Positionen hatten; d. h. also, daß die Spitzen bei beiden Parteien abgebaut werden und daß die Linie durch alle Wahlkreise hindurch gleichmäßiger wird, bei allen Unterschieden, die es immer noch gibt, als das bei früheren Wahlergebnissen gewesen ist.

Der Grund dafür dürfte natürlich einmal darin liegen, daß die Union da, wo es keine Reserven mehr gibt, etwa in Niedersachsen in der DP oder auch in anderen Ländern in einigen Gruppen, an einer bestimmten Stelle ihren Grad der höchstmöglichen Saturierung erreicht hat, so daß man also über 65 oder 70 % nicht mehr hinauskommt, so wie es ähnlich bei der SPD in einzelnen Fällen ist, aber der eigentliche Grund scheint mir in einer anderen Entwicklung zu liegen. Was uns schon die Meinungsforschung vor dem Wahlkampf gezeigt hat, hat sich in dem Wahlergebnis offenbar bestätigt, daß nämlich der Anteil der Stammwähler noch einmal ein erhebliches Stück zurückgegangen ist, daß der Anteil der wirklich fest ideologisch oder traditionell oder soziologisch gebundenen Wähler zurückgegangen ist und daß dieses Wahlergebnis mehr als jedes frühere Bundestagswahlergebnis eine politische Entscheidung gewesen ist. Unsere Schätzungen für die Stammwähler liegen etwa bei 25 bis 30 %, während sie bei früheren Wahlen weit über 50 % lagen. Das führt zwangsläufig zu einer stärkeren Wanderungsbewegung zwischen den Parteien. Man wird sehr vorsichtig sein müssen, schon heute zu sagen, die CDU hat aus dieser oder jener Partei soundso viel Wähler gewonnen, sondern es wird wahrscheinlich so sein, daß die CDU auch einen Teil von Wählern an die SPD abgegeben hat, um andererseits von der SPD Wähler zu gewinnen.

Eine weitere Bestätigung dafür ist ja in den Meinungsumfragen und in den Analysen der letzten Wochen der unverhältnismäßig hohe Anteil von Meinungslosen oder von Aussageverweigerern gewesen. Es gibt heute morgen in der Bonner Presse so ein Scherzwort: Wer ist eigentlich Verlierer in der Wahl gewesen, – und die Antwort ist

dann: Die Meinungsforscher und die Computer.<sup>12</sup> Daß die Meinungsforscher tatsächlich die Verlierer in dieser Wahl waren, lag daran, daß bis in die Umfragen der letzten Wochen hinein 25 % der Wähler, d. h. also 13 % von Leuten, die nachher zur Wahl gegangen sind, bei dieser Umfrage noch nicht erklärt haben, wofür sie sich entscheiden. Das wiederum bedeutet, daß die Wähler sehr viel stärker als früher mit einer großen Offenheit in diese Wahl hineingegangen sind, ohne vorher schon fixiert gewesen zu sein.

Das Überraschendste für jeden, der diese Vorhersagen verfolgt hat, ist bei diesem Wahlergebnis doch wohl das, daß die FDP 2 bis 3 % besser abgeschnitten hat, als es alle Prognosen übereinstimmend ankündigten, während die SPD etwa 3 % schlechter abgeschnitten hat. Ich würde glauben, daß das bei der SPD an einem Tatbestand liegt, den jeder im Wahlkampf gespürt hat, daß die Menschen nämlich, je näher sie an die Entscheidung herangekommen sind, desto eher gedacht haben, bleiben wir doch lieber bei dem, was wir haben, sicher ist sicher, – während diese Zunahme der FDP-Wähler, die ihr keiner mehr zugetraut hat, ein sehr interessantes Phänomen ist, wobei wir uns sehr gründlich zu überlegen haben, was womöglich auch in unserem Wahlkampf der FDP so kurz vor der Entscheidung nochmals diesen Zuwachs gegeben hat, ob es das Reden der FDP-Führung von der absoluten Mehrheit oder ob es die Sorge vor einer großen Koalition gewesen ist; das im Augenblick zu beurteilen, wäre rein spekulativ. Deshalb werden wir in unseren Nachuntersuchungen uns diesen Fragen mit einer ganz besonderen Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Noch ein letztes Wort zu der Vorbereitung des Wahlkampfes! Ich glaube, daß dieser Wahlkampf nicht nur in der gesamten Wahlkampfführung der Bundespartei, sondern insbesondere in den Ländern und in den Gemeinden bewiesen hat, daß es eben nicht nur abhängt von dem großen Trend, von dem Fernsehen, von der „Bild“-Zeitung, von der Stimmung, sondern daß Wahlkampf und Wahlkampfarbeit bei diesem Ergebnis eine große Rolle gespielt haben.

Ich würde mich sehr freuen – hier spreche ich aus persönlichen Erfahrungen –, wenn wir aus diesem Wahlkampf alle miteinander die Lehre zögen, daß sich Versammlungen und Rednereinsatz auch im 20. Jahrhundert auszahlen. (*Beifall.*) Es besteht vor jeder Wahl immer von neuem die Schwierigkeit, daß mir gesagt wird: Nun laßt euch doch endlich einmal etwas Moderneres als diese Versammlungen einfallen. – Der Versammlungsbesuch ist durchweg höher gewesen als 1961. Es zeigt sich, daß trotz Fernsehen die politischen Versammlungen in den Wahlkreisen immer noch der Hauptmotor sind,

---

12 So z. B. Gustav TRAMPE in der „Welt“ vom 20. September 1965 unter der Überschrift: „In der SPD-Zentrale blieb die Uhr stehen: Die Verlierer dieser Wahlnacht sind einige Meinungsforschungsinstitute.“

(Kohl<sup>13</sup>: Und die Diskussion!) aber es zeigt sich darüber hinaus, daß auch die Arbeit des Kandidaten für das einzelne Wahlkreisergebnis etwas Wesentliches ausmachen kann.

Wir sollten uns auch die Mühe machen, in der langfristigen Vorbereitung künftiger Wahlkämpfe schon der nächsten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen<sup>14</sup> ein bißchen uns Gedanken darüber zu machen, wie viel von den Kandidaten in ihren Wahlkreisen geleistet worden ist und wie viel geleistet werden muß. Ich gestehe im nachhinein bei aller Freude an diesem Ergebnis: Wenn die Urlaubsquote zwischen Juli und September bei unseren Wahlkreiskandidaten etwas niedriger gewesen wäre, dann wäre das Ergebnis vielleicht noch etwas besser gewesen. (*Beifall.*) Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich damit zunächst abschließen. Wir werden und müssen aus diesem Wahlergebnis erstens eine sehr sorgfältige statistische Analyse machen. Wir lassen außerdem, wie auch nach der letzten Wahl, schon in diesen Tagen eine Umfrage anlaufen, um gerade dieser Wanderungsbewegung zwischen den einzelnen Parteien auf die Spur zu kommen. Ich glaube, daß wir die vor uns liegenden Landtagswahlen, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, die nach diesem Wahlergebnis außerordentlich schwierig und kritisch werden, nur dann gewinnen können, wenn wir schon jetzt beginnen, die Konsequenzen aus diesem Wahlergebnis zu ziehen und wenn wir diese Wahlen mit ungeheurer Sorgfalt und mit einem großen Einsatz vorbereiten. Ich hoffe, daß wir dann auch in Nordrhein-Westfalen zu einem guten Ergebnis kommen. (*Beifall.*)

*Adenauer*: Meine lieben Parteifreunde! Ich habe übersehen – ich sah ihn nicht hier sitzen –, Ihnen zu sagen, daß wir noch einen Gast haben, den Herrn Kollegen Strauß<sup>15</sup>. (*Beifall.*) Ich möchte nur ein kurzes Wort hier sagen über eine Versammlung, die als Schlußversammlung der CSU in Nürnberg<sup>16</sup> abgehalten worden ist. Ich habe mich dort in Nürnberg davon überzeugt, daß die Sozialdemokratie selbst in ihren röttesten Hochburgen doch mit Erfolg angegriffen werden kann. Das zeigte diese Versammlung. Die Polizei hat auch ihren Kommentar dazu gegeben. Sie war sehr freundlich; viel freundlicher als in manchen anderen Ländern. (*Heiterkeit.*) Aber ich möchte noch ein Wort zur Presse sagen. Die Presse macht uns sehr große Sorgen. Die beste Presse für uns sind die Mittagszeitungen und die Kirchenblätter, aber sonst die großen Zeitungen, die einmal geschaffen worden sind, ringen sich allenfalls noch dazu auf zu erklären, daß sie uns nahestehen. Ich habe die Verleger und die Chefredakteure zusammengehabt.

---

13 Dr. Helmut Kohl (geb. 1930), Historiker; 1959–1963 Vorsitzender des KV Ludwigshafen, 1959–1976 MdL Rheinland-Pfalz, 1963–1969 Fraktionsvorsitzender, 1964–1967 Vorsitzender des BV Pfalz, 1969–1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1969–1973 stv. Bundesvorsitzender, 1973–1998 Bundesvorsitzender, 1976–2002 MdB, 1982–1998 Bundeskanzler. Memoiren: Erinnerungen 1930–1982. München 2004; LEXIKON S. 302–304.

14 Am 10. Juli 1966.

15 Franz Josef Strauß (1915–1988), Landrat; 1947–1949 MdWR, 1949–1978 MdB (CSU); 1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955/56 für Atomfragen, 1956–1962 der Verteidigung, 1966–1969 der Finanzen; 1948–1953 Generalsekretär der CSU, 1961–1988 CSU-Vorsitzender, 1978–1988 Ministerpräsident von Bayern. Vgl. LEXIKON S. 377–379.

16 Vom 15.–17. Juli 1965 fand in Nürnberg die Landesversammlung der CSU statt. Vgl. Unterlagen in ACDP 07–012–064.

(Klepsch<sup>17</sup>: Die FAZ war nicht vertreten!) Die ist zu langweilig. (Heiterkeit.) Es tut mir leid. Ich habe mir Mühe damit gegeben, sie zu studieren. (Unruhe.) Meine Herren! Nehmen Sie das bitte ernst, gerade auch mit Nordrhein-Westfalen. In Nordrhein-Westfalen gibt es die „Kölnische Rundschau“ und die „Rheinische Post“, zwei große Zeitungen. Darüber habe ich mein eigenes Urteil. Ich empfehle dringend Nordrhein-Westfalen, sich um seine Landespresse etwas mehr als bisher zu bekümmern. Die Presse hat doch noch einen größeren Einfluß, als wir das vorher gedacht haben. Das möchte ich hier noch betonen und dem hinzufügen, was Herr Kraske eben gesagt hat. – Bitte sehr, Herr Dufhues<sup>18</sup>!

Dufhues: Herr Bundesparteivorsitzender! Herr Bundeskanzler! Ich spreche wohl in Ihrem Sinne und des Parteipräsidiums der Christlich-Demokratischen Union, wenn ich all denen herzlich danke, die an der Vorbereitung und der Durchführung dieses Wahlkampfes mit diesem großen Erfolg mitgewirkt haben. (Lebhafte Beifall.) Ich darf besonders danken der Bundesgeschäftsstelle und dem Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Kraske. (Beifall.) Ich habe seit einem Jahr die Vorbereitungen dieses Bundestagswahlkampfes beobachten können aus weitgehender täglicher Mitarbeit. Was hier von den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, auch von den Herren, die insbesondere in den Pressereferaten und anderen Abteilungen sind – für viele nenne ich Herrn Dr. Rathke<sup>19</sup> – zusätzlich geleistet worden ist, übersteigt bei weitem das Maß an Arbeit, das in früheren Jahren die Bundesgeschäftsstelle bei der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes zur Verfügung stellen konnte. (Beifall.) Ich möchte aber auch herzlich danken den Landesverbänden, ihren Vorsitzenden, den Kreisverbänden und ihren Vorsitzenden und allen hauptamtlichen Mitarbeitern. Ich bin dankbar dafür – und das ist sicherlich die Auffassung des Gesamtpresidiums –, daß sie uns auch bei der Vorbereitung der Bundestagswahl bis zur Aufstellung der Kandidaten hinein die Möglichkeit einer vertrauensvollen Aussprache und in vielen Fällen auch die Möglichkeit einer entgegenkommen- den Erklärung bei wichtigen und schwierigen personellen Fragen gegeben haben.

Wir danken allen Rednern, allen Ministern, Abgeordneten und Kandidaten und all denen, die in einem ungewöhnlichen Maß die Schwierigkeiten dieses Wahlkampfes – es war einer der schwersten Wahlkämpfe der CDU/CSU – auf sich genommen haben.

17 Dr. Egon Alfred Klepsch (geb. 1930), Dozent; 1963–1969 Bundesvorsitzender der JU, 1965–1980 MdB (CDU), 1969–1989 Vorsitzender des KV Koblenz, 1973–1994 MdEP (1977–1982 und 1984–1992 Vorsitzender der EVP-Fraktion), 1992–1994 Präsident des Europäischen Parlaments. Vgl. LEXIKON S. 299.

18 Josef Hermann Dufhues (1908–1971), Rechtsanwalt und Notar; 1946/1947 und 1950–1971 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1946–1950 Vorsitzender der JU Westfalen, 1949/50 Bundesvorsitzender der JU, 1958–1962 Innenminister von Nordrhein-Westfalen, 1959–1970 Vorsitzender des LV Westfalen-Lippe, 1962–1966 Geschäftsführender Vorsitzender der CDU, 1966 Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, 1967–1969 Vorsitzender des CDU-Präsidiums Nordrhein-Westfalen. Vgl. LEXIKON S. 224f.

19 Dr. Arthur Rathke (1920–1980), Mediziner; 1959–1963 Pressechef des Deutschen Beamtenbundes, 1963–1970 Leiter des Pressereferats und des Referats für Öffentlichkeitsarbeit der CDU, 1970–1980 Staatssekretär für das Informations- und Presseamt der Landesregierung Schleswig-Holstein.

Ich möchte Ihnen persönlich danken, Herr Bundesparteivorsitzender, daß Sie in Ihrem Alter in nahezu jugendlicher Frische schwierige Wahlkämpfe auf sich genommen haben. Ich möchte die Gesamtverehrung Ihres Volkes, die Ihnen persönlich entgegengebracht wird, auch für die CDU mit aufrichtiger und herzlicher Dankbarkeit zum Ausdruck bringen. (*Starker Beifall.*) Entscheidend ist dieser Wahlkampf im Namen und mit Professor Dr. Ludwig Erhard geführt worden. (*Starker Beifall.*) Das ist die übereinstimmende Meinung der gesamten Partei. Das entspricht auch der weitgehenden Resonanz in breiten Schichten unserer Bevölkerung, daß der Erfolg dieser Wahl für die Christlich-Demokratische Union und die Christlich-Soziale Union entscheidend mit dem Namen von Professor Ludwig Erhard verbunden bleibt.

Ihnen beiden vor allem zu danken, ist sicherlich das herzliche Bedürfnis des gesamten Vorstands dieser Partei. (*Starker Beifall.*) Herr Dr. Kraske hat in seinen Ausführungen nur den Anfang einer Analyse des Wahlergebnisses geben können. Wir sollten uns darüber klar sein, daß die Ergebnisse in nahezu allen Landesverbänden recht unterschiedlich sind. Es wird notwendig sein, daß die Bundesgeschäftsstelle, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den Landesgeschäftsstellen, sorgfältig unter soziologischen, konfessionellen und anderen Gesichtspunkten die Ergebnisse dieser Wahl analysiert und auswertet.<sup>20</sup>

Meine lieben Parteifreunde! Daß wir bis kurz vor der Wahl eine Zahl von 25 % unentschiedener Wähler festgestellt haben, die fest entschlossen waren, nicht zur Wahl zu gehen, beweist, vor welchem Risiko wir bis zu den letzten Tagen hinsichtlich des Ausganges dieser Wahl gestanden haben. Diese 25 % konnten sich auch anders entscheiden. Wir sollten deshalb nicht zu siegesgewiß diese erfreulichen Ergebnisse der Wahl zur Kenntnis nehmen.

Ich möchte, wenn ich daran denke, daß wir auch im Jahre 1969 eine Bundestagswahl zu gewinnen haben, nachdrücklich darauf hinweisen, meine lieben Freunde, daß die Sozialdemokratie wiederum an Boden und an Stimmen hat gewinnen können. Die SPD ist in einem dauernden Vormarsch nach vorn. Zwar haben sich ihre Vorstellungen als illusionär erwiesen im jetzigen Wahlergebnis, aber daß die SPD dauernd an Boden gewonnen hat, von Landtagswahl zu Landtagswahl, von Kommunalwahl zu Kommunalwahl, ist eine Tatsache, die die Partei in allen ihren Einrichtungen zu ernstem Nachdenken veranlassen muß. Das gilt insbesondere für Nordrhein-Westfalen, wo die SPD zwar unterschiedlich, aber insbesondere in den umstrittenen Gebieten des Ruhrgebietes, sehr weitgehend in einer sehr einseitig orientierten propagandistischen Unterstützung der Gewerkschaften Boden hat gewinnen können.

Wir werden auch die Gewerkschaften einer kritischen Prüfung unterziehen müssen. Wir werden mit unseren Freunden aus Königswinter<sup>21</sup> klären müssen, in welchen Teilen des Wahlkampfes die SPD ganz offensichtlich das Prinzip der parteipolitischen

---

20 Vgl. Die Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag 1965. Darstellungen – Analysen. Vorgelegt durch die Bundesgeschäftsstelle der CDU. Bonn, März 1966.

21 Gemeint sind die Sozialausschüsse der CDA, deren Hauptgeschäftsstelle sich in Königswinter befand.



Neutralität verletzt hat. Wir werden daran arbeiten müssen, daß die radikalen Gruppen in den Gewerkschaften jene Haltung einnehmen, auf die unsere Freunde in den Gewerkschaften einen berechtigten Anspruch haben.

Meine Damen und Herren! Wir hatten in diesem Wahlkampf die Chance der absoluten Mehrheit, und zwar einer ganz klaren absoluten Mehrheit. Diese Chance haben wir nicht genutzt, nicht ohne eigene Verantwortung. (*Klepsch*: Sehr gut!) Ich hoffe, daß es mir erspart bleibt, diese Frage im einzelnen zu behandeln, aber daß wir diese Möglichkeit hatten und nicht genutzt haben, stimmt diejenigen traurig, die es gerne gesehen hätten, wenn die CDU/CSU aus einem christlich-demokratischen und christlich-sozialen Konzept die Politik der nächsten Jahre hätte formulieren, konzipieren und gestalten können.

Wenn ich eine Bitte habe als Ergebnis der Bemühungen des letzten Jahres oder des letzten Bundestagswahlkampfes, dann die, daß das Vertrauen in rechter Weise genutzt und ausgewertet wird, das uns die Bevölkerung geschenkt hat. Dazu gehört, daß wir jede innere Zwietracht und jede Gegensätzlichkeit in den kommenden Wochen und Monaten vermeiden. (*Starker Beifall*.) Dazu gehört eine sehr sorgfältige und kritische Prüfung der Sachfragen und auch der personellen Fragen, die im Rahmen insbesondere der künftigen Regierungsbildung gelöst werden müssen. Aber tun wir das im gegenseitigen Vertrauen und sorgen wir dafür, daß die Bevölkerung, die uns in so reichem Maße das Vertrauen geschenkt hat, den Eindruck erhält, hier hat sich eine Mannschaft zusammengefunden, die weiß, was sie will, die das Vertrauen nutzt und die einen klaren christlich-demokratischen und christlich-sozialen Kurs steuert.

Wenn wir so verfahren, wenn wir möglichst klar führen, wenn wir entschieden handeln und wenn wir notwendige Entscheidungen möglichst bald treffen, dann, so meine ich, liegt darin die beste Vorbereitung für die Bundestagswahl 1969. (*Beifall*.)

*Adenauer*: Meine Damen und Herren! Eine lobende und eine tadelnde Diskussion ist durchaus willkommen. – Bitte sehr, Herr Barzel<sup>22</sup>!

*Barzel*: Herr Bundesvorsitzender! Herr Bundeskanzler! Ich darf mich zunächst einmal zum Sprecher aller machen, wenn ich auch meinem Nachbarn zur Rechten, Herrn Dufhues, herzlichen Dank sage. (*Starker Beifall*.) Weitere Worte sind nicht nötig. Was die Fraktion betrifft, so werden wir am Donnerstag die alte und die neue Fraktion zusammenhaben, weil wir das aus vielen Gründen für notwendig halten. Wir glauben, daß es die Situation nicht erlaubt, jetzt noch lange Zeit zu verlieren oder zu vertun. Sie wissen, daß sich erst am 19. Oktober der Bundestag konstituiert durch die Wahl des Präsidenten<sup>23</sup>. Wir glauben aber, so schnell arbeiten zu sollen und zu können, daß wir am 20. Oktober einen neuen Bundeskanzler wählen; denn die Zügigkeit und die Güte der Ar-

---

22 Dr. Rainer Barzel (geb. 1924), Jurist; 1957–1987 MdB (CDU), 1963/64 kommissarischer und 1964–1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1962/63 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1971–1973 Bundesvorsitzender der CDU, 1982/83 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, 1983/84 Bundestagspräsident. Vgl. LEXIKON S. 188–190.

23 Als Bundestagspräsident wiedergewählt wurde Eugen Gerstenmaier am 19. Oktober 1965 mit 385 Stimmen (31 Gegenstimmen, 98 Enthaltungen). Vgl. DATENHANDBUCH I S. 865.

beit und das Nicht-Zerstritten-Sein ist bereits entscheidend für die so wichtige Landtagswahl in Düsseldorf, von der hier eben gesprochen worden ist. Das muß ausstrahlen.

Die Beschlüsse, die heute morgen im Präsidium gefaßt worden sind,<sup>24</sup> liegen Ihnen vor. Zum Punkt 2 will ich mich im Augenblick noch nicht äußern. Wir möchten gern nicht nach vorn stellen, was uns angeht. Ich glaube, die Fraktion wird dem folgen, wenigstens der engere Fraktionsvorstand<sup>25</sup>, mit dem wir heute mittag zusammen waren, daß wir nicht erst anfangen zu diskutieren mit dieser oder jener Personalfrage, sondern daß wir uns zunächst unter uns noch einmal verständigen – damit wir auch einen Zeitpunkt für den Koalitionspartner haben – über die anstehenden Sachfragen, nicht nur über die grundsätzlichen Fragen. Ich nenne hier einige wenige: die Finanzpolitik, die Sozialpolitik, die Politik in der Deutschlandfrage einschließlich Berlin – kleine Schritte, mittlere Schritte, große Schritte –, Fragen über Europa, Deutschland und NATO-Reform. Wir meinen, es hat keinen Zweck, jetzt das Hauptschwergewicht darauf zu legen, daß wir ganz schnell nur die Regierung haben und daß die Minister ernannt sind, denn dann haben wir vielleicht wieder eine Situation, daß wir in den verschiedenen Sachfragen im Parlament doch keine Majorität bekommen.

Wir wollen das gerne vorher erledigen, sowohl was uns betrifft, wie auch das, was die Koalitionspartner betrifft. Der unwürdige Zustand, daß eigentlich die Einigkeit in manchen Punkten in der Vergangenheit mehr in der Formulierungskunst der gerade Befragten bestand als in der Sache selbst, sollte eigentlich aufhören. Wir wollen die Formulierungskunst in der Sache vorher anmelden und dann, wenn ich so sagen soll, miteinander schwören: So wird es gemacht. Das wird dann in der Koalition durchgehalten. Das halte ich und auch der bisherige Vorstand der Fraktion für wichtiger, als jetzt sofort in Personalfragen hineinzugehen.

Es kommt darauf an, daß wir schnell an die Arbeit gehen, und zwar auch sichtbar für die Bevölkerung, damit sie sieht, die haben sich vorbereitet auf dieses Ergebnis und nehmen es auf als einen Auftrag, sofort an die Arbeit zu gehen. Wir sehen alle, was das Präsidium heute morgen unter Ziffer 1 gesagt hat – ich weiß nicht, ob es Ihnen vorliegt. (*Zurufe: Ja!*) Dann brauche ich es nicht mehr im einzelnen vorzutragen.

Was den Punkt 2 betrifft, so könnte man da das eine oder andere redigieren. Das wird wohl mehr in der Praxis liegen. Ich muß auch darauf hinweisen, daß am Schluß die neue Fraktion, die ein Drittel neuer Kollegen hat, den Bundeskanzler zu wählen und die Koalition auszumachen hat und damit auch die Last und die Freude der kommenden vier Jahre tragen wird, so daß sie natürlich ein gewisses Vorrecht auf diese Dinge bean-

---

24 In Punkt 1 wurde beschlossen, dem Bundespräsidenten Ludwig Erhard als Bundeskanzler vorzuschlagen; nach Punkt 2 sollte der Bundesvorstand der CDU zustimmend davon Kenntnis nehmen, „daß das Präsidium der CDU, die Fraktionsführung der CDU/CSU und der Vorstand der CSU eine Kommission bestellen, die beauftragt wird, die wesentlichen Sach- und Personalfragen mit dem vorgeschlagenen Bundeskanzler abzustimmen“ (ACDP 07–001–054/1).

25 Vorstandsprotokolle für den Zeitraum von August 1965 bis November 1976 nicht vorhanden.

spricht, ohne natürlich etwa zu glauben ... (*Gurk*<sup>26</sup>: Und Leid!) Das Leid haben wir miteinander, Herr Gurk. Es ist natürlich so, daß die Partei und die CSU dabei sein müssen; aber am Schluß muß die Fraktion wählen. Das sollte heute nicht zu irgendwelchen Friktionen führen.

Diese Ziffer 2 kann ja redigiert werden. Wir wollen einmal sehen, was die Praxis daraus erbringt. Soweit in diesem Augenblick, Herr Bundeskanzler!

*Adenauer*: Wird das Wort weiter gewünscht? Bitte sehr! (*Unruhe und Bewegung*.) Ich dachte, da wäre eine Wortmeldung! (*Zuruf*: Nein!) Herr Strauß, wollen Sie nicht ein paar Worte sagen? (*Strauß*: Im Augenblick nicht, Herr Bundeskanzler! – *Heiterkeit*.) – Bitte sehr, Herr Klepsch.

*Klepsch*: Weil auch kritische Worte gewünscht werden, möchte ich doch zwei Dinge vortragen: Wir haben – das sage ich für die Junge Union – den Eindruck, daß wir die absolute Mehrheit hätten gewinnen können, wenn nicht zwei Dinge in diesem Wahlkampf uns belastet hätten. Das eine war dieses unversehens ausbrechende Gespräch über die große Koalition, das uns außerordentlich schädlich gewesen ist, und zwar fast überall.

Im Zusammenhang damit möchte ich auch – das gehört nur als Teil dazu – sagen, daß ich wohl Verständnis dafür habe, daß die Freie Demokratische Partei für uns kein liebenswerter Koalitionspartner gewesen ist. Sie hat uns viel Ärger bereitet, aber es ist doch so, daß wir durch scharfe Angriffe gegen die Freie Demokratische Partei – es mag regional unterschiedlich sein – ihr zur Stärkung verholfen haben.

Was meinen eigenen Wahlkreis<sup>27</sup> und meine Nachbarwahlkreise angeht, so kann ich sagen, ich habe die FDP überhaupt nie erwähnt, und zwar einem Ratschlag von Herrn Scheufelen<sup>28</sup> folgend, der gesagt hat: Man muß den FDP-Wählern die Gelegenheit geben, uns mit Anstand zu wählen. – Das ist auch da erfolgt. Die Freie Demokratische Partei hat daraufhin – ich habe das noch einmal genau analysiert – in diesen Bereichen sehr viel weniger Stimmen erhalten als in solchen, wo ein sehr harter Wahlkampf mit ihr geführt wurde, der sie nur aufgewertet hat. Ich sage das zu einem bestimmten regionalen Bereich, den ich überschauen kann, ohne daß jetzt hier verallgemeinert werden soll.

Das zweite ist, daß wir in diesem Wahlkampf auch zu ringen hatten mit dem Problem, daß die Opposition wohl am meisten unterschwellige Zustimmung fand, wenn sie auf die Zwietracht und die Auseinandersetzungen in der CDU verwies. Ich darf deshalb sehr dankbar an das anknüpfen, was die Herren Vorredner bemerkten, daß wir auf

---

26 Dr. Franz Gurk (1898–1984), Bürgermeister; vor 1933 Zentrum, 1951–1968 Vorsitzender des CDU-LV Nordbaden, 1952–1972 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung und MdL Baden-Württemberg (1960–1968 Landtagspräsident), 1953–1963 Bürgermeister von Karlsruhe.

27 Klepsch hatte in seinem Wahlkreis Koblenz 55,7% Zweitstimmen und 56,8% Erststimmen erreicht. Vgl. DATENHANDBUCH I S. 247.

28 Dr. Klaus H. Scheufelen (geb. 1913), Papierfabrikant; 1958–1971 Vorsitzender des CDU-LV Nordwürttemberg, 1958–1960 kommissarischer Bundesschatzmeister, 1964–1968 Vorsitzender des Wirtschaftsrats der CDU e. V.

alle Fälle in der vor uns liegenden Zeit den Beweis erbringen sollten, daß wir eine geschlossene Gruppe sind, daß wir also nicht wieder in neue Konflikte eintreten. Wenn nämlich gegenseitige Stellungnahmen abgegeben werden, so spiegelt sich das in der gesamten Presse wider, was doch für unsere Partei sehr schädlich ist. Wir sollten also zu einer Klärung in dieser Hinsicht kommen, die es uns ermöglicht, eine klare Linie durchzuhalten.

Ich würde auch vorschlagen, daß vielleicht dieses Gremium heute einmal einen ganz dringenden Appell an alle richten sollte, diese Einheit nach außen zu präsentieren. Das wäre eine wesentliche Grundlage für Wahlerfolge bei den Landtagswahlen, die uns bevorstehen. Wir sollten in der vor uns liegenden Zeit den Versuch machen, dort, wo das nicht eingehalten wird, mit entsprechenden Maßnahmen dieses Gremiums dagegen vorzugehen.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Ich möchte doch an die letzten Ausführungen des Herrn Kollegen Klepsch anschließen. Ich muß sagen: Im Kampf Geschlossenheit, aber vor dem Kampf kann man von einer Partei, die so wie die unsrige zusammengesetzt ist, nicht verlangen, daß sie ständig geschlossen auftritt. Das ist völlig unmöglich.

Deswegen sind wir ja auch denkbar – lassen Sie mich das offen sagen – als Oppositionspartei. Wir haben bei uns Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Intellektuelle, Landwirte, Mittelständler, also was haben wir nicht? (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Leidlich intellektuell!) Dann sagen wir „leidlich intellektuell“. Ich fühle mich leidlich intellektuell, (*Lebhafte Heiterkeit*) aber, meine Damen und Herren, diese Gegensätze, die machen sich natürlich geltend. Daß wir nach außen geschlossen auftreten müssen, ist ganz klar. (*Unruhe.*) Trotzdem würde ich darum bitten, nicht dem Rat zu folgen, jetzt einen Beschluß über Einigkeit zu fassen. (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Meine Herren! Da wird doch jeder, der etwas in der Nase hat, womit er riechen kann, sagen: Die sind doch wieder uneins. (*Unruhe.*) Meine Herren! Wir sind einig! Das haben wir doch im Wahlkampf gezeigt. Das ist doch die Hauptsache, und dabei soll es jetzt sein Bewenden haben!

Aber ich hätte einen ganz anderen Gedanken, nämlich den, einmal darüber zu sprechen, daß die Junge Union ihre Mitglieder, wenn sie 25 Jahre alt sind, in die Partei entsendet. (*Unruhe.*) Das sind so Gedanken, die man überlegen muß, weil sonst die Gefahr besteht, daß Schwierigkeiten später kommen, wenn sie etwas älter sind. Sie wollen nicht mehr in den Rahmen hinein, dem wir uns doch alle gefügt haben. (*Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Im großen und ganzen können wir stolz und zufrieden sein. Aber die Schwierigkeiten bleiben bestehen bezüglich der Landtagswahlen, insbesondere für Nordrhein-Westfalen.

Lassen Sie mich noch sagen, einer der schwierigsten Gegensätze ist der Gegensatz zwischen dem Bund und den Ländern. Da können wir vom Bund aus nicht immer sagen, daß wir von den Ländern freundlich behandelt werden. (*Widerspruch und Bewegung.*) Ja, das ist so!

Ich möchte noch einmal auf Nordrhein-Westfalen zurückkommen. Wenn Nordrhein-Westfalen sozialistisch wird, verlieren wir – wenn ich es richtig im Kopf habe – die

Mehrheit im Bundesrat.<sup>29</sup> (*Unruhe und Bewegung.*) Stellen Sie sich bitte vor, was das bedeuten würde. Wir müssen uns deshalb gerade dieser Wahl in Nordrhein-Westfalen mit ganzer Kraft widmen; denn da handelt es sich wirklich um große Entscheidungen. Das Wort hat Herr Stoltenberg<sup>30</sup>.

*Stoltenberg:* Herr Bundeskanzler! Ich habe etwas in Ihrem sehr guten Bericht vermißt; vielleicht habe ich nicht ganz genau hingehört, aber wahrscheinlich ist es doch nicht mit der nötigen Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen. Wir stehen vor der Situation, daß wir den Wahlerfolg haben, aber daß wir mit zwei oder drei Sitzen unter der absoluten Mehrheit sind, d. h. also, daß sich die Notwendigkeit einer Koalition ergibt, wenn wir eine Regierung bilden und im Parlament arbeiten wollen.

Herr Weyer<sup>31</sup> hat zwar in der Wahlnacht gesagt, was mich überrascht hat, wenn die CDU nur einen Sitz über der absoluten Mehrheit hätte, dann käme das überhaupt nicht in Frage. Aber dieser Fall ist nicht eingetreten. Deshalb müssen wir meines Erachtens in unserer Diskussion und auch in unserem Beschluß als das Führungsgremium der Partei etwas über die Richtung sagen, in der die Koalitionsverhandlungen geführt werden sollen. Ob das eine endgültige Festlegung heute sein kann, ist eine Frage für sich. Ich halte es aber für völlig ausgeschlossen, daß wir morgen oder übermorgen wieder alle möglichen Spekulationen über Allparteienregierung und ähnliche Dinge erleben, die im Grunde seit der Wahlnacht nicht mehr aktuell sind.

Ich glaube, daß dieser Bundesvorstand seine Funktion nicht ausüben würde als Führungsorgan der Partei, (*Kohl:* Sehr gut!) wenn er nicht zumindest in einer allgemeinen und behutsam formulierten Erklärung zum Ausdruck bringt, was sich wohl aus dem Wahlergebnis ergibt, daß wir davon ausgehen, zunächst einmal etwas zu sagen über den Koalitionspartner. Diese Führungsfunktion haben wir doch! Die müssen wir auch zum Ausdruck bringen, sonst würden wir meines Erachtens den uns gegebenen Auftrag nicht erfüllen. (*Krone*<sup>32</sup>: Genügt Ihnen Punkt 1 nicht?) Ich möchte, daß alle diese Mißverständnisse ausgeräumt werden. Warum sollte man das nicht hinzufügen? (*Kohl:* Sehr gut!) Ich möchte gegen alle Mißdeutungen meine Auffassung hier vertreten. Ich

---

29 Im Oktober 1965 konnte die Regierungskoalition im Bund auf 26 Stimmen (von 45) des Bundesrats rechnen. Diese Mehrheit blieb bis Oktober 1966 stabil; auch die Große Koalition ab Dezember 1966 konnte sich auf eine ausreichende Bundesratsmehrheit stützen. Vgl. DATEN-HANDBUCH 3 S. 2442f.

30 Dr. Gerhard Stoltenberg (1928–2001), Historiker; 1955–1961 Bundesvorsitzender der JU; 1955–1971 stv. und 1971–1989 Vorsitzender des CDU-LV Schleswig-Holstein, 1954–1957 und 1971–1982 MdL Schleswig-Holstein, 1971–1982 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein; 1957–1971 und 1983–1988 MdB, 1965–1969 Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, 1982–1989 der Finanzen, 1989–1992 der Verteidigung. Vgl. LEXIKON S. 375 f.

31 Willi Weyer (1917–1987), Jurist; 1950–1954 und 1958–1975 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1956–1972 FDP-Landesvorsitzender, 1962–1975 Innenminister von Nordrhein-Westfalen, 1975–1986 Präsident des Deutschen Sportbundes.

32 Dr. Heinrich Krone (1895–1989); 1922 Angestellter der Zentrumspartei, 1925–1933 MdR (Zentrum), 1949–1969 MdB (CDU), 1951–1955 Geschäftsführer und 1955–1961 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1961–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben. Tagebücher: 2 Bde. 1945–1961, 1961–1966. Düsseldorf 1995, 2003. Vgl. LEXIKON S. 307f. – Lübke

bin bereit, mich vom Gegenteil überzeugen zu lassen. Ich habe jedenfalls etwas vermißt, daß wir in dieser Frage, die wir doch alle gern beantwortet hätten, bisher nichts gehört haben.

Punkt 2 ist sehr kompliziert formuliert. (*Adenauer*: Lassen Sie die Leute doch etwas schmoren!) Das möchte ich eigentlich nicht gern, Herr Bundeskanzler. Wir haben so viele Kombinationen gehabt in den letzten Wochen und Tagen, daß wir diesen Dingen nach dem klaren Wahlergebnis jetzt ein Ende bereiten sollten. (*Lebhafter Beifall.*) Herr Bundesvorsitzender! Bei Punkt 2 bin ich der Auffassung – das ist nur eine Formsache –, daß nach unserer Satzung die Benennung einer solchen Kommission, die ich für nötig halte, die dem Bundeskanzler zur Seite steht, Aufgabe des Bundesparteivorstands ist. (*Kohl*: Sehr gut!) Und auch des Fraktionsvorstands. Ich habe damals selbst – ich darf das für mich in Anspruch nehmen – mit den Herren Dufhues und Kraske an dieser Satzungsänderung, mit der wir das Präsidium geschaffen haben<sup>33</sup>, im Auftrage des Parteivorstands mitgearbeitet, aber ich werte die Funktion so, daß für eine so grundlegende Frage zweifellos der Bundesvorstand kompetent ist. (*Kohl*: Sehr gut!) Deshalb bin ich der Auffassung, daß wir heute – und wenn es heute nicht möglich ist, dann in einer Sitzung in der nächsten Woche – als Bundesvorstand der CDU, genau wie der Vorstand der Fraktion und der Vorstand der CSU – dort hat es als einziger der Vorstand zu machen – die Kommission benennen, die dem Bundeskanzler zur Seite steht, um die sehr schwierigen Verhandlungen zu führen. Diese beiden Änderungen möchte ich hier in einer noch nicht präzisen Formulierung beantragen.

*Adenauer*: Bitte sehr, Herr Barzel!

*Barzel*: Lieber Herr Stoltenberg! Ich war heute morgen hinzugezogen zu diesem erweiterten Präsidium. Ich kann nur sagen, die Ziffer 1 soll das ausdrücken, daß dies doch beantragt wird. Wir haben uns neulich einmal unterhalten. Es wäre doch in der Tat so, daß die Partei nur „April, April“ sagt, wenn sie neun Millionen Erhard-Plakate macht und dann einen anderen vorschlägt.

Der Vorschlag Erhard ist eine ganz klare Äußerung, wozu er sich selbst im Wahlkampf auch ganz klar geäußert hat. Die Formulierung hier hat noch einen anderen Hintergrund. Der Herr Bundespräsident<sup>34</sup> hat die Parteivorsitzenden zu sich gebeten. Kollege Strauß kommt heute schon dran, Herr Bundeskanzler Adenauer morgen. Wir mußten eine Formulierung finden, nachdem der Bundespräsident von sich aus initiativ wird, die seine Prärogative nicht in Frage stellt, die aber zugleich völlig klarstellt, was wir meinen. Ich glaube, daß das in dieser Formulierung glücklich gelungen ist. Wenigstens

---

hatte am 16. September 1965 die Parteivorsitzenden schriftlich gebeten, aufgrund des erwarteten knappen Wahlausgangs keine Kandidatenvorschläge für den zukünftigen Bundeskanzler zu machen (BULLETTIN Nr. 159 vom 28. September 1965 S. 1286; MORSEY S. 457–462).

33 Vgl. dazu PROTOKOLLE 4 S. XII, passim. Der Auftrag an Stoltenberg und andere erging in der Vorstandssitzung am 26. April 1963, hier S. 455 f.

34 Heinrich Lübke (1894–1972), Ingenieur; 1932/33 MdL Preußen (Zentrum), 1946–1954 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1947–1952 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Nordrhein-Westfalen, 1949/50 und 1953–1959 MdB, 1953–1959 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1959–1969 Bundespräsident. Vgl. LEXIKON S. 315–318.

besteht die Absicht. Es ist niemand auf eine andere Idee gekommen. Ich verrate sicherlich kein Geheimnis, wenn ich mitteile, daß der Herr Parteivorsitzende in der heutigen Sitzung des Präsidiums sich sehr hart ausgesprochen hat über eine Ausstellung in Berlin<sup>35</sup>, die die Sozialisten da veranstaltet haben, die die christlichen Gefühle sehr verletzt hat. Er ist soweit gegangen zu sagen, daß wir als Christliche Demokraten auf gar keinen Fall mit den Sozialisten jetzt irgendwelche Gespräche führen können. Das war auch für jeden Teilnehmer völlig klar.

Zum Punkt 2 möchte ich im Augenblick nichts sagen. Ich muß natürlich darauf hinweisen, daß wir auch eine Fraktion haben. Sie fühlt sich sehr selbständig. (*Unruhe und Bewegung.*) Wenn ich das einmal ganz praktisch sagen darf: Wir müssen uns jetzt unter uns verständigen, aber nachher setzen wir uns an einen Tisch. Dann heißt es wie hier: Der vorgeschlagene Bundeskanzler ist Professor Ludwig Erhard. Er sitzt am Kopf. Er wird der Koalitionskanzler, weil wir allein nicht die Mehrheit haben. Dann sitzt auf der einen Seite die FDP. Mir ist mitgeteilt worden – ich weiß nicht, ob das stimmt, aber ich habe Anlaß, der Quelle zu vertrauen –, daß der Verhandlungsführer der FDP Herr Weyer sein wird.<sup>36</sup> (*Adenauer:* Das habe ich mir gedacht!) Jetzt ist doch die Frage, wer sitzt dem ständig gegenüber. Daran können wir doch gar nicht vorbeigehen, daß wir jetzt hier eine Kommission haben. Herr Weyer ist nicht Mitglied des Bundestags; er ist nicht in der Fraktion. Wir haben unsere Erfahrung gemacht in der Verhandlung beim Bundespräsidenten. Es ging alles gut, bis Herr Weyer kam, der alles durcheinander brachte. So war es doch. Wir müssen uns völlig darüber klar sein, und das sollte auch in der Öffentlichkeit zum Ausdruck kommen, daß CDU und CSU eine Einheit sind.

Wir wollen also die Partei in keiner Weise hier ausschließen. Aber ich möchte doch, daß wir, wenn der Parteivorstand eine Formulierung herausgibt, die das Licht der Öffentlichkeit, also auch der Presse, erblicken wird, nichts tun, was uns vielleicht am Donnerstag in der Fraktionssitzung Schwierigkeiten machen könnte.<sup>37</sup> Wir haben ein Drittel neuer Kollegen. Ich habe den Vorzug, den größeren Teil von ihnen im Wahlkampf kennengelernt zu haben. Es können auch da natürlich Schwierigkeiten entstehen. Sie wissen, es ist immer eine latente Spannung gewesen. Deswegen sollten wir es locker formulieren. (*Zuruf:* Was Herr Stoltenberg sagt, läuft darauf hinaus, das Wort „Präsidium“ durch „Bundesvorstand“ zu ersetzen. Das ist alles.) Entschuldigen Sie, das hatte ich nicht ganz klar verstanden. (*Lebhafte Unruhe.*)

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Amrehn<sup>38</sup>.

35 Nicht zu ermitteln.

36 In der Sitzung des FDP-Bundesvorstands und der -Bundestagsfraktion am 23. September 1965 wurden Mende, Bucher, Mischnick, Weyer und von Kühlmann-Stumm mit der Verhandlungsführung beauftragt. Vgl. FDP-BUNDESVORSTANDSPROTOKOLLE Nr. 63c.

37 Vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE Nr. 314.

38 Franz Amrehn (1912–1981), Rechtsanwalt und Notar; 1950–1969 MdB Berlin (CDU), 1963–1969 Vorsitzender der CDU-Fraktion, 1961–1969 Vorsitzender der CDU Berlin; 1969–1981 MdB, 1970–1977 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, 1970–1977 Mitglied, ab 1973 Vizepräsident der Beratenden Versammlung der WEU; 1972–1981 Mitglied der Nordatlantischen Versammlung. Vgl. LEXIKON S. 179 f.

*Amrehn:* Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Inhalt und Sinn der gestrigen Wahlentscheidung scheinen mir so deutlich zu sein, daß nicht ausdrücklich ausgesprochen werden muß, Freund Stoltenberg, was Sie hier gefordert haben. Es hätte außerdem einen ungeheueren taktischen Nachteil. Ich finde, wir haben hier heute der FDP nicht Versprechungen als Vorleistungen zu machen, auf denen sie morgen dann bereits reiten könnten. (*Beifall.*)

Zum zweiten Punkt! Ich verstehe aus der Debatte, die wir hier im Bundesvorstand geführt haben, daß dieser Bundesvorstand etwas mehr noch mitwirken will an der Gestaltung der Politik, die die CDU und die CDU-Fraktion im Bundestag machen. Gleichwohl möchte ich heute sagen, wenn dieser von vielen unerwartet starke Wahlsieg, als den ich ihn ansehe, schnell in politische Wirklichkeit umgesetzt werden soll, dann handeln wir dem genau entgegen, wenn wir jetzt intern anfangen, uns um die Früchte gewissermaßen und die Zuständigkeiten der Auswertung solcher Früchte zu streiten.

Ich gebe auch als Vorstandsmitglied gegenüber früheren Einstellungen, die ich hier bekundet habe, dem Präsidium einfach das Vertrauen, daß es hier das Richtige machen wird, was in diesem Augenblick notwendig ist. Ich glaube, der Vorstand sollte selbst einen Beitrag dazu leisten, daß wir in dieser Richtung vorankommen.

Ich nehme das Wort auf, das Dr. Barzel gesprochen hat, wir können nämlich der Bevölkerung jetzt nicht auf einmal: „April, April“ sagen.

Noch zwei Bemerkungen! Unser Freund Kraske hat Wert darauf gelegt, vielleicht eine Bestätigung dafür zu bekommen, daß sich der Wahlkampf in diesen Formen, wie er geführt worden ist, auch heute noch auszahlt. Ich bin einer von denen, die früher gesagt haben: Diese Form des Wahlkampfes lohnt doch nicht mehr. – Ich möchte ausdrücklich sagen, ich habe mich da redigiert und habe auf meinen Wahlreisen immerhin feststellen können, daß wir ein besseres Gespür für den Ausgang der Wahl hatten als die demoskopischen Institute. Überall, wo wir hinkamen, hatten wir doch gefühlt, es muß eigentlich besser sein, als daß wir Kopf an Kopf liegen, wiewohl wir immer das Kopf-an-Kopf-Rennen benutzt haben, um die Gefahr zu verdeutlichen, vor der die Wähler stehen, wenn sie SPD wählen.

Aber nun muß ich doch andererseits auch ein demoskopisches Institut in Schutz nehmen, nämlich Allensbach. Als wir gestern auf der Wahlparty in der Beethoven-Halle<sup>39</sup> saßen und dort verkündet wurde, das Ergebnis würde sein 36:48, haben wir alle mit dem Kopf geschüttelt und gesagt, das ist doch unmöglich. Die Allensbacher Ergebnisse sind ungefähr die letzten vier Wochen hindurch so gewesen, wie Neumann<sup>40</sup> uns das mitgeteilt hat. Damit ist zumindest Allensbach in seiner Reputation gerechtfertigt. Wie

39 Konzert- und Tagungshalle in Bonn.

40 Erich Peter Neumann (1912–1973), Meinungsforscher; 1946 Gründer des Instituts für Demoskopie (Allensbach), 1961–1965 MdB (CDU). – Allensbach prognostizierte Ende August 1965 45,5% für die CDU/CSU, 43,5% für die SPD, 7% für die FDP, Ende Juli lag die Union mit 48:43 Prozent in Führung. (Institut für Demoskopie Allensbach – Informationsdienst: Bevölkerung wünscht Kanzler mit politischem Weitblick – Die Stimme der Wähler im August – Wie war das Meinungsbild vor den letzten Bundestagswahlen? in: ACDP Meinungsumfragen-Archiv).



die anderen zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen kommen konnten, weiß ich nicht, aber ich möchte Herrn Kraske bestätigen, daß sich diese Form des Wahlkampfes noch ungeheuer lohnt, sowohl in einzelnen Wahlkreisen durch den Kandidaten, aber besonders natürlich auch in der Form, wie sich die Spitzenpersönlichkeiten unserer Partei eingesetzt haben.

Wenn es zutrifft, daß es zu einem Rennen geworden ist zwischen SPD und CDU, dann möchte ich noch einmal verdeutlichen, es ist letztlich doch auch die Entscheidung gewesen, vielleicht sogar ausschlaggebend: Erhard oder Brandt<sup>41</sup>. – Ich möchte meinen, daß dadurch, daß sich die CDU in Berlin von Brandt rechtzeitig getrennt hat, ihm auch das Argument genommen werden konnte, er hätte dort eine großartige Zusammenarbeit mit uns ermöglicht. Ich glaube, insofern einen nicht meßbaren Beitrag von Berlin aus geleistet zu haben.

Lassen Sie mich noch zwei Bemerkungen machen allgemeiner Art über das, was mir notwendig zu sein scheint. Das eine ist, daß in der neuen Bundesregierung die Regenerationskraft zum Ausdruck kommt, die unsere Partei besitzt und die nachgewiesen werden muß dem Wähler, der uns jetzt wieder das Vertrauen für die Zukunft gegeben hat, daß wir eben auch die kommenden Aufgaben wirklich mit nachwachsenden Kräften bewältigen können.

Wenn wir Homogenität in der eigenen Partei fordern, müssen wir sie auch jetzt schon fordern für das kommende Kabinett. Sie muß insbesondere gefordert werden an den entscheidenden Schlüsselstellungen der Außenpolitik und der Deutschlandpolitik. Ich möchte von mir aus hier sagen, es wird zu dieser Homogenität und zu klaren Entscheidungen im Kabinett sowie zu einer klaren Führung nicht kommen, solange Herr Mende<sup>42</sup> das gesamtdeutsche Ministerium leiten kann. Das muß ein Ende finden, weil sonst der Wille des Kanzlers in dem Maße, wie es notwendig ist, nicht auf einem so entscheidenden Gebiet der deutschen Politik zur Geltung gebracht werden kann. Wir können uns nicht länger die Bremsen und die Opposition der FDP an einem solch wichtigen Punkt gefallen lassen. (*Beifall.*)

---

41 Willy Brandt (1913–1992), Journalist; 1949–1957, 1961 und 1969–1992 MdB (SPD), 1950–1969 Mda Berlin (1955–1957 Präsident des Abgeordnetenhauses), 1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1958–1962 Vorsitzender der SPD Berlin, 1966–1969 Bundesminister des Auswärtigen, 1969–1972 Bundeskanzler, 1964–1987 Bundesvorsitzender der SPD, 1976–1992 Präsident der Sozialistischen Internationale. Memoiren: Erinnerungen. Berlin 1989; Gregor SCHÖLLGEN: Willy Brandt. Die Biographie. Berlin 2001; Peter MERSEBURGER: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist. Stuttgart 2002; Brigitte SEEBACHER: Willy Brandt. München 2004.

42 Dr. Erich Mende (1916–1998), Jurist; 1945 FDP (9. Oktober 1970 CDU), 1949–1980 MdB (1957–1963 Fraktionsvorsitzender), 1960–1968 Bundesvorsitzender der FDP, 1963–1966 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Vgl. LEXIKON S. 326; Hans-Heinrich JANSEN: Erich Mende. Bemerkungen zu den biographischen Möglichkeiten, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 15 (2003).

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Ministerpräsident Meyers<sup>43</sup>.

*Meyers:* Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Ich muß Herrn Stoltenberg ganz entschieden widersprechen. Wenn es einen Weg gibt, der falsch ist, dann ist es dieser Weg. Wenn wir nämlich das möglichst teuer machen wollen, dann müssen wir heute sagen, wir machen ein Geleitzug-System, dann wird das zweite Schiff wieder das Tempo des ganzen Geleitzuges bestimmen.

Ich bin der Ansicht, daß in dem Vorschlag des Parteipräsidiums, den neuen Herrn Bundeskanzler vorzuschlagen, eine Vorentscheidung liegt, die jeder sich denken kann, der die Reden und Äußerungen des Bundeskanzlers gehört hat. (*Kohl:* Wenn wir es so einheitlich interpretieren, Herr Meyers!) Herr Kohl, wenn Sie es nicht so interpretieren, wie wollen Sie es denn interpretieren? (*Heiterkeit und Bewegung.*) Ich bin der Ansicht, damit ist das Notwendige gesagt. Wenn Sie darüber hinausgehen – und Sie erlauben, daß ich Herrn Weyer kenne –, dann machen Sie die Sache aber sehr teuer. Fangen Sie nur ja nicht mit dem gesamtdeutschen Ministerium an, sondern beschließen Sie höchstens, daß Sie die doppelte Anzahl von Ministern ohne Portefeuille bekommen. Aber das andere geht nicht. Deshalb bin ich der Ansicht, wir sollten jetzt nichts über Koalitionen beschließen, bevor wir nicht klar haben, daß der Bundeskanzler hier gewählt wird, und daß wir erst dann bestimmen, wie wir die Koalition machen.

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Scheufelen.

*Scheufelen:* Ich muß in einem Punkt Herrn Amrehn widersprechen. Ich weiß nicht, wie das in Berlin ist, aber wenn ich nach Hause komme, dann fragen mich die Mitglieder meines Landesausschusses, was geschieht nun. Wenn ich denen erzähle, ich habe mein übergroßes Vertrauen dem Parteipräsidium übertragen, dann weiß ich nicht, was geschehen wird. (*Amrehn:* Das Präsidium hat doch einen Beschluß gefaßt, der ist doch deutlich!) Ich muß sagen, wir tun genau etwas, was der demokratischen Funktion einer Partei widerspricht. Ich habe das Vertrauen in das Präsidium, aber ich fühle mich einfach nicht berechtigt, von den Rechten, die ich als Vorstandsmitglied habe, etwas wegzugeben. (*Kohl:* Sehr gut!) Ich möchte deswegen doch den Antrag von Herrn Stoltenberg unterstützen, daß die Aufstellung der Kommission vom Bundespartei Vorstand gemacht wird, genau wie vom Fraktionsvorstand und vom Vorstand der CSU.

*Adenauer:* Dr. Kohl!

*Kohl:* Ich darf an das letzte hier anschließen. Ich möchte zunächst einmal gar nicht glauben, daß Herr Stoltenberg falsch verstanden worden ist. Er hat ja noch gar keinen formellen Antrag gestellt. (*Zurufe:* Doch!) Herr Ministerpräsident Meyers, wenn wir die Interpretation, die Sie gegeben haben, so klarstellen – ich würde es auch sagen –, dann ist es gut. Wenn wir unter Punkt 1 sagen, wir schlagen Ludwig Erhard vor – er ist persönlich sehr präzise festgelegt –, legen wir uns mit diesem Vorschlag doch auch fest.

---

43 Dr. Franz Meyers (1908–2002), Jurist; 1950–1970 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1952 Oberbürgermeister von Mönchengladbach; 1952–1956 Innenminister von Nordrhein-Westfalen, 1957/58 MdB, 1958–1966 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Vgl. Stefan MARX: Franz Meyers 1908–2002. Eine politische Biographie (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 65). Essen 2003.

Dann brauchen wir nichts mehr darüber zu sagen. Aber ich glaube, es war nicht ganz falsch, daß Herr Stoltenberg ganz allgemein das Thema hier angesprochen hat. Bis jetzt hat niemand widersprochen. Infolgedessen muß ich davon ausgehen, daß das die allgemeine Meinung ist, und dann brauchen wir darüber auch keinen Beschluß zu fassen.

Das wäre im übrigen der Stil, den die CDU in der Vergangenheit häufig geübt hat, Beschlüsse so indirekt herbeizuführen. Dann wird auch Herr Stoltenberg keinen formellen Antrag stellen, wenn wir in der Interpretation des Punktes 1 so klar sind. So würde ich es auch sehen.

Ich halte alles andere bei der jetzigen Wahlentscheidung und Situation – ich sage das ganz offen – für eine verfälschte Auslegung des Wählerwillens, so wie ich die Dinge sehe. Ich bin mit Ihnen allerdings einig, man soll nichts tun, um den Freien Demokraten einen Steigbügel zu geben, um gewisse Erpressungen durchzuführen. Wir brauchen ja nicht mehr zu sagen, wie das gemeint ist, wenn wir hier intern uns darüber im klaren sind, daß wir so interpretieren.

Das Zweite: Ich möchte nachdrücklich hier sowohl Herrn Stoltenberg wie Herrn Scheufelen beistehen, daß wir – ich sehe gar keinen Widerspruch, Herr Barzel, darin zu dem Wollen der Fraktion, ich kenne einen großen Teil dieses Drittels der neuen Mitglieder – sagen, der Bundesvorstand soll über die Kommission mitbefinden. Das bedeutet überhaupt nicht, daß wir dem Präsidium irgend etwas nehmen wollen. Das Präsidium kann ja den Vorschlag ausarbeiten, und wir werden ihn nach menschlichem Ermessen akzeptieren.

Aber ich halte dafür, daß wir die Ordnung, die wir uns selbst gegeben haben, einhalten. Ich bin sonst persönlich nicht damit einverstanden und nicht bereit, dem zuzustimmen. Wir können ja eine eigene Sitzung dafür machen. Warum denn nicht! Das braucht nicht heute zu sein. Wir können dann die Kommission bestätigen. Das scheint mir ganz zweckmäßig zu sein. Denn man soll auch in der Stunde des Triumphs nicht ganz vergessen – Herr Klepsch hat vorhin schon darauf hingewiesen –, daß es hier und da Nuancen gab.

Ich bin mit Ihnen, Herr Bundesvorsitzender, hier einer Meinung, Gott sei Dank gibt es die bei uns, aber diese Nuancen sollen hier anklingen. Wir wollen, wenn wir hier herausgehen, das Gefühl haben, welche Nuance die stärkste Farbe darstellt hier in der Palette dieses Vorstands. Deswegen wäre es ganz zweckmäßig, wenn wir hier klar beschließen, schon allein von der Struktur der Persönlichkeiten her, die Dinge werden ungefähr so laufen.

Einen Gedanken möchte ich noch, auch im Namen vieler Freunde draußen im Lande, vortragen, der mir gut gefallen hat, und zwar hat auch Herr Amrehn davon gesprochen. Ich meine – ich darf mich schon jetzt auf die Ziffer 1 des Beschlusses des Präsidiums, Herr Bundeskanzler Erhard, beziehen –, daß es ganz entscheidend wichtig ist, daß – ohne jetzt auf irgendeine Personal- oder Sachfrage einzugehen – in den nächsten Wochen, wie Herr Barzel gefordert hat, präzise und rasch gehandelt und daß deutlich wird, die CDU ist und bleibt am Zuge; sie ist auch bereit, am Drücker sozusagen durchzustoßen. Aber es muß sowohl im Sachlichen wie im Personellen etwas zum Ausdruck kom-

men, daß wir in diesem fünften Deutschen Bundestag, der in einer sehr schwierigen und kritischen Zeit amtieren wird, von 1965 bis 1969, etwas aussagen – ich nehme das Wort auf – von der Regenerationskraft. Wir haben Millionen Stimmen von jungen und jüngeren Leuten bei dieser Bundestagswahl gewonnen. Das ist nun kein Argument, daß wir sagen, es müssen die Minister jung sein; denn jung oder alt ist eine sehr relative Sache, aber ich plädiere dafür, daß man sehr ernsthaft – ich weiß, es wird in diesem großen Kreise nicht ohne weiteres möglich sein – Überlegungen anstellt. Das geht vor allem an Sie, Herr Bundeskanzler Erhard, daß eben dieses neue Kabinett etwas aussagt über diese Regenerationsfähigkeit der CDU/CSU. Mißverstehen Sie mich nicht, wenn ich das so offen sage.

Der jetzige Bundestag geht zu Ende. Es ist für vier Jahre ein neuer Bundestag da. Es ist nun eine neue Bundesregierung zu benennen. Da wäre es gut, wenn auch – und jetzt will ich doch diese Personalfrage so skizzieren – das eine oder andere neue Gesicht auftauchte. Damit ist manchem altvertrauten Gesicht nicht Abbruch getan; denn es ist keine Schande, einmal Minister gewesen zu sein, meine Damen und Herren. Das möchte ich also hier doch ganz offen zum Ausdruck bringen.

Ich würde mir etwas davon versprechen, wenn beispielsweise bei dieser Kabinettsbildung herauskäme, daß das Kabinett etwas kleiner würde. Das braucht nicht unbedingt für das gesamte Verfahren schlecht zu sein. Ich würde zweitens sagen, man sollte ernsthaft dem alten Gedanken, der immer wieder bei uns erhoben wurde – wie der Titel heißt, ist mir persönlich gleichgültig –, eines Junior-Ministers nähertreten. Darin läge eine gewisse Möglichkeit, diese Regenerationskraft, ohne die Kontinuität irgendwie zu gefährden, hier zum Ausdruck zu bringen. Für mich persönlich ist das Entscheidende – auch das will ich ganz offen sagen –, daß viele unserer Mitbürger der CDU und CSU eine große Chance gegeben haben, aber doch manche mit dem Gefühl: Werden sie diese Chance auch nützen? Die Vertrauensvollmacht – lassen Sie mich das ganz offen sagen – ist vielleicht nicht mit einem so geöffneten Herzen gegeben worden wie 1957, wo es mehr eine Demonstration zur CDU hin war. Die Gefühle der Freundschaft und der Zuneigung waren diesmal etwas verhaltener. Wir sollten deshalb das Klima für uns etwas anheizen und anwärmen. Wir sollten versuchen, diesen Blanko-Scheck so zu nutzen, daß wir sagen können, wenn diese Regierung steht, wenn wir in die Wahl von Nordrhein-Westfalen gehen – es sind eine ganze Menge von Wahlen in absehbarer Zeit –, wir haben nun sowohl im Sachlichen in unserem Programm wie auch im Personellen mit unseren Männern und Frauen, die wir herausstellen, etwas deutlich gemacht, das zeigt, daß in dieser zweiten Phase deutscher Politik die CDU/CSU eine Regeneration in der Macht durchgeführt und ein von der Parteistruktur ungeheuer schwieriges Problem gelöst hat. Das geht aber nur, wenn man bereit ist, im Präsidium, im Fraktionsvorstand, Herr Kollege Barzel, und natürlich vor allem hier im Hause des Bundeskanzlers sich gelegentlich zu sagen: Bei allen verständlichen personellen Emotionen, bei aller verständlichen Zurückhaltung, jemand wehe zu tun in diesem Job und in diesem Amt, werden wir es diesmal tun müssen. Sie sollen die Gewißheit haben, daß niemand bei uns aufsteht und sagt: Wenn diese Liste so oder so aussieht, werden wir deswegen meutern.

Wir sind uns darüber klar, daß Sie es sehr präzise zusammenfassen. Ich sage das ganz besonders herzlich an Ihre Adresse, Herr Bundeskanzler Erhard. Das ist doch der Punkt – lassen Sie mich das als wesentlich Jüngerer sagen –, wobei es für Sie nun darauf ankommt; denn das ist ein Teil dieser Vollmacht, die Ihnen gestern gegeben wurde. Ich hoffe sehr, daß wir sie nützen. Ich bin eigentlich mit dieser Hoffnung und mit dem Auftrag von vielen, vielen Freunden heute hierher gekommen. Ich meine, vielleicht sollten wir darüber noch einen kleinen Moment reden.

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Lemke<sup>44</sup>.

*Lemke:* Herr Bundeskanzler! Ich habe zum Punkt 2 einen praktischen Vorschlag zu machen. Wir sind heute hier, wir kennen uns und auch das Präsidium. Warum sollten wir nicht, weil doch Eile geboten ist und wir zur Bildung einer Kommission kommen wollen, einfach beschließen: Der Bundesvorstand bittet das Präsidium, den Bundesvorsitzenden, den Geschäftsführenden Bundesvorsitzenden, den Stellvertretenden Geschäftsführenden Bundesvorsitzenden in die Kommission zu entsenden. Das sind die drei Herren, die in erster Linie durch den Bundesparteitag legitimiert sind. Wir bitten also das Präsidium. Dann haben wir unsere Aufgabe erfüllt, Herr Kollege Scheufelen, und man hat uns nichts von unserer Zuständigkeit genommen. Es ist wesentlich besser, wir sprechen das heute aus, als wenn wir nach acht oder 14 Tagen wiederum zusammenkommen, um dann eine Kommission zu bilden.

*Adenauer:* Bitte sehr, Herr Bundeskanzler!

*Erhard:* Ich glaube nicht, daß das so gedacht ist, daß die Kommission nur aus den Vorsitzenden dieser Gremien bestehen soll, sondern daß gegebenenfalls, je nach der Sachfrage, auch der eine oder andere hinzukommt. Wir hatten das Gremium etwas größer gedacht als nur ein Drei-Männer-Gremium. Das schien mir etwas zu eng zu sein.

Aber zu der ganzen Frage möchte ich sagen, mir macht die Verjüngung auf der einen Seite eine sehr große Freude; denn alle die jungen Abgeordneten, die ich während der Wahlreisen kennengelernt habe, haben auf mich einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Es scheint mir schon notwendig zu sein, sich darüber Gedanken zu machen, wie man sie allmählich mit heranführen kann an die größere Verantwortung bis hin zur Spitze, aber ein junger Kandidat, der das erste Mal erscheint, wird ja nicht gleich das höchste Amt anstreben – das haben Sie auch nicht so gemeint –, aber das ist gar kein schlechtes Problem. Ich glaube, diese Verjüngung der CDU wird uns sehr gut tun.

Was die Koalitionsverhandlungen mit der FDP anlangt, so bin ich auch der Meinung, der Punkt 1 der Entschließung deckt das vollkommen; denn ich habe meine Meinung so unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, ich habe so eindeutig jedes Vorhelfen zu einer großen Koalition sofort wieder ausgetrieben. Ich glaube, da gibt es keinen Zweifel.

---

<sup>44</sup> Dr. Helmut Lemke (1907–1990), Jurist; 1951–1954 Senator und 2. Bürgermeister in Lübeck (CDU), 1954/55 Kultusminister, 1955–1983 MdL Schleswig-Holstein, 1955–1963 Innenminister, 1963–1971 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1971–1983 Landtagspräsident. Vgl. LEXIKON S. 310f.

Aber ich möchte noch etwas anderes sagen; das kann für die Partei von Wert sein. Ich habe die Erfahrung auf den Reisen gemacht, wenn die Landesvorsitzenden mich begleitet haben, daß dies immer eine ausgezeichnete Wirkung hatte. Es schien dann nicht so, als ob jetzt von Bonn jemand kommt zu den Ländern, der ihnen etwas sagen will, sondern es ergab sich eine unmittelbare Beziehung vom Menschlichen her und vom Zusammenhalt der CDU/CSU. Ich will keine Namen nennen, aber ich sehe gerade Herrn Kiesinger, der mir gegenüber sitzt. Wir haben viele Kundgebungen zusammen bestritten, auch mit Herrn Meyers viel. Ich ziele es nicht weiter an, das sind nur einige Beispiele. Ich wollte sagen, ich habe den Eindruck gehabt, daß das eine gute Sache ist, wenn sich Bund und Länder bei solchen Gelegenheiten vereinigen und wenn deutlich gemacht wird, daß wir nicht nur alle vier Jahre uns einmal begegnen oder nur bei Wahlen, sondern daß das eben eine dauernde Übung wird und eine dauernde Verbindung zwischen Bund und Ländern bleibt. Daß das nicht jeden Tag geschehen kann, wissen wir alle, aber dies ist doch deutlich geworden, und das schien mir eines der positiven Elemente dieser Wahl zu sein.

Im übrigen darf ich bestätigen, was als Wunsch vorgetragen worden ist. Auch ich bin der Meinung, wir sollten bis zum 18. Oktober so weit sein, daß man neben einer Klärung der Sach- und Personalfragen auch schon sagen kann, daß wir eine Regierung auf dieser Grundlage fertig haben, um dann möglichst schnell wieder in das normale Fahrwasser unserer Regierungspolitik zu gelangen.

*Adenauer:* Meine Herren! Lassen Sie mich bitte auch einige Worte sagen. Der Wahlkampf ist gestern zu Ende gegangen, aber trotz aller modernen Hilfsmittel hat es doch bis tief in die Nacht hinein gedauert, bis das Resultat feststand. Und heute morgen um 10.00 Uhr hat das Parteipräsidium schon zusammengesessen! Kann man schneller arbeiten? (*Beifall.*)

Ich bitte Sie, meine Herren! Wir haben zusammengesessen von 10.00 bis gegen 13.00 Uhr. Wir haben uns wirklich über die schwierigen Fragen unterhalten. Ist das nichts? Wir haben heute nachmittag doch schon Sie für 15.30 Uhr eingeladen. Ist das eigentlich alles nichts? Soll es noch schneller gehen?

Mit Ihrer Regenerationsfähigkeit – ich weiß nicht, wer das Wort aufgebracht hat! (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Was alt ist oder wer sich alt fühlt, soll gehen, aber sprechen Sie jetzt nicht von Regenerationsfähigkeit. Eine Partei, die gerade einen solchen Wahlsieg hinter sich hat, soll Regenerationsfähigkeit bezeugen! (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Wohin wollen Sie denn überhaupt? (*Unruhe.*) Ich habe mir das wirklich etwas anders vorgestellt. Die Frage dieses Ausschusses ist entscheidend wichtig, meine Herren. Wir waren heute morgen nach langer Diskussion mit Bundeskanzler Erhard einig. Ich würde mich freuen, wenn tatsächlich der Bundesvorstand beteiligt werden kann; denn ich gebe ganz offen zu, wenn man hier immer im Bundestag und im Bundeshaus hier in Bonn sitzt, verengt sich etwas der Sinn. Ich will damit nicht sagen, daß, wenn man draußen ist, sich der Blick kolossal erweitert. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Aber, meine Herren, man tauscht sich dann gegenseitig aus. Ich bin gerne dazu bereit, solange ich Parteivorsitzender bin und Sie auch wirklich auf die Einladungen hin kom-

men. Eine Bundesvorstandssitzung wie die heutige, wo es nur drei Entschuldigungen gibt – davon sind zwei faule Entschuldigungen, eine ist echt<sup>45</sup> –, (*Heiterkeit.*) die habe ich noch nicht erlebt. Aber das flaut auch wieder ab. Denken Sie auch bitte daran. Wir wollen das Verhältnis mit dem Parteivorstand pflegen. Das ist nötig, damit der Strom der Gedanken hin und her geht. Diese Notwendigkeit habe ich immer gesehen, und daran wollen wir auch festhalten. Aber ich glaube, wir werden Sie in Kürze, ich denke in etwa 14 Tagen, wieder einladen müssen, damit wir über diesen Ausschuß auch im einzelnen sprechen.

Das Parteipräsidium ist Ihr Ausschuß des Bundesvorstands. Wenn Sie nun noch einen dazu haben wollen, dann wählen Sie ihn. Aber dann kommen wir doch ganz durcheinander. Deswegen möchte ich Ihnen noch einmal sagen, freuen Sie sich des Erreichten, und stellen Sie dieses Gefühl des Erreichten über alles.

Denken Sie daran – ich habe das eingangs gesagt –, daß diese Partei eine junge Partei ist, die doch in den 16 Jahren, in denen sie die Regierung geführt hat, wirklich die Möglichkeiten gehabt hätte, sich total zu verbrauchen. Zeigen Sie mir bitte ein demokratisch regiertes Land, wo eine Regierung einer so jungen Partei sich so lange gehalten hat.

Herr Kohl, eines haben Sie ganz vergessen. Ich bin ja auch für die Jugend, aber ich bin auch für die Frauen. (*Kohl:* Ich habe sie erwähnt.) Denken Sie an die Ziffern! Wir haben zwei Millionen mehr weibliche als männliche Wähler. (*Zurufe:* Noch mehr!) Ja wohl, weit über zwei Millionen. Das ist ein ganz einfaches Rechenexempel. Deswegen bedaure ich sehr, daß in den Ländern nicht mehr Frauen aufgestellt worden sind, um in den Bundestag zu kommen. Das hat man nicht getan. Das war der männliche Stolz, oder was es auch sei, ich weiß es nicht. Da wollte man also nicht weichen. (*Unruhe.*) Wir brauchen aber die Frauen absolut. Nebenbei gesagt: Ich habe gestern von Herrn Kollegen Meyers gehört – und das freut mich sehr –, daß seine Frau politische Versammlungen abhält.<sup>46</sup> Sehr gut, Herr Meyers! Fahren Sie so fort. Das macht Sie ungeheuer populär! (*Heiterkeit.*) Das Wort hat Herr Dichtel<sup>47</sup>.

*Dichtel:* Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich kann im Namen aller feststellen, daß wir mit dem Tempo, das nach dieser Wahl Platz gegriffen hat, sehr zufrieden sind. Es ist richtig, wir konnten nicht schneller fahren. Wenn ich den Beschluß sehe, der heute morgen bereits gefaßt worden ist, dann kann man nur das eine sagen, daß es ein vollgültiger Beschluß entsprechend der Wahl gewesen ist. Ich glaube, Herr Kollege Stoltenberg ist auch mit uns einverstanden, wenn

45 Entschuldigt waren Franz Etzel, Dr. Gabriele Strecker und Dr. Hans-Christoph Seebohm, der von Dr. Josef Stecker vertreten wurde.

46 Meyers war seit 1937 mit Dr. jur. Alberte, geb. Mertens († 1982), verheiratet. Sie leitete sein Wahlkampfbüro im Wahlkreis Mönchengladbach und hielt selbst rund 50 Wahlreden. Vgl. MARX S. 396.

47 Anton Dichtel (1901–1978), Kaufmann; 1947–1966 Landesvorsitzender der CDU Südbaden, 1947–1952 MdL Baden (1949–1952 Fraktionsvorsitzender), 1953–1958 Staatsrat für Südbaden in der Landesregierung von Baden-Württemberg, 1956/57 MdL Baden-Württemberg, 1957–1967 Regierungspräsident in Freiburg. Vgl. LEXIKON S. 218 f.

zu diesem Beschluß jetzt die Interpretation angenommen wird, die eben hier gegeben wurde. Dann brauchen wir darüber nicht mehr zu reden.

Ich darf noch eine grundsätzliche Bemerkung machen, Herr Bundesvorsitzender. Ich möchte nicht kritisieren. Ich denke jetzt an die Zusammenarbeit im Laufe der letzten Jahre. Es gibt viele in diesem Kreise, die hier im Bundesvorstand etwas mehr Mitwirkung in der ganzen Art sehen möchten. Wenn jetzt die Regierungsbildung kommt, dann wollen wir in keiner Weise durch Dummheiten zu Vorschubleistungen gezwungen werden. Ich halte es aber für richtig, ohne den Herrn Bundeskanzler festzulegen oder zu verpflichten, daß uns doch das eine oder andere – wie es ja in einem Vorstand sein sollte – gesagt wird. (*Kohl*: Sehr richtig!) Wenn das gemacht wird, werden Sie von vornherein eine ganz andere Atmosphäre hier haben. Wenn wir heute heimgehen und können diesen Beschluß Nr. 1 bereits der Presse übergeben, dann ist das die beste Auswertung des Wahlsieges, den wir errungen haben.

Herr Bundeskanzler, wenn Sie zum vorgesehenen Termin am 20. Oktober gewählt werden, dann ist das eine glänzende Sache, die auch den Presseleuten Arbeit erspart und uns Verdächtigungen nicht einbringt.

Nach dem guten Abschluß bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg<sup>48</sup> haben wir auch nach diesem Motto gearbeitet. (*Zuruf*: Nach welchem Motto?) Die Regierung kam in kürzester Zeit zustande. Das hat nach draußen einen guten Eindruck gemacht. Ich würde es begrüßen, wenn wir bei aller sachlichen Diskussion um personelle und sachliche Dinge dieses Ziel, alsbald eine aktionsfähige Regierung zu haben, nicht aus den Augen verlören.

Noch ein Wort zu der Frage der Kommission. Ich glaube, Herr Bundeskanzler, Sie haben es falsch verstanden. Wir sind der Meinung, daß der Bundesvorstand – das bedeutet in keiner Weise irgendeine Kritik gegenüber dem Präsidium – heute diese Kommission bestellen sollte. Das müßte doch heute das erste sein, was vom Bundesvorstand geleistet werden muß. (*Kohl*: Sehr gut!) Ich trete auch dem Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten<sup>49</sup> bei. Er hat gesagt: Der Erste Herr Vorsitzende – das wäre Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer –, der Geschäftsführende Vorsitzende – das wäre Herr Dufhues – und der Erste Stellvertretende Vorsitzende – das wäre Herr von Hassel<sup>50</sup>.

Ich darf nun als Anlieger und Anrainer von Bayern, mit dem wir gute Beziehungen haben, vorschlagen, auch Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger in diese Kommission zu wählen. Das hat schon seine Gründe. Ich würde also diesen Vorschlag machen. Das wären also vier Leute, Herr Bundeskanzler. (*Widerspruch und lebhaft Unruhe.*) Die Frak-

48 Vgl. Anm. 11.

49 Gemeint ist Helmut Lemke.

50 Kai-Uwe von Hassel (1913–1997), Kaufmann; 1950–1965 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1954–1963 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1963–1966 Bundesminister der Verteidigung, 1966–1969 für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1965–1980 MdB, 1969–1972 Präsident des Bundestags, 1973–1981 Vorsitzender der EUCD, 1977–1980 Präsident der Parlamentarischen Versammlung der WEU, 1979–1984 MdEP. Vgl. LEXIKON S. 262 f.



tion muß ja entscheidend mitwirken bei dieser Kommission. Es werden unsere Freunde von der CSU hinzukommen. (*Anhaltende starke Unruhe und Bewegung.*) Der Kreis darf nicht zu groß werden. Aber vom Bundesvorstand sollte das heute beschlossen werden. (*Anhaltende Unruhe.*)

*Adenauer:* Ich bitte um Ruhe. – Bitte sehr, Herr Kollege Meyers.

*Meyers:* Herr Bundeskanzler! Ich möchte einen Vermittlungsvorschlag machen. Ich finde es nicht richtig, wenn wir jetzt hier ohne weiteres eine Kommission wählen. Ich finde es auch nicht richtig, wenn wir hier unterschiedlich zum Vorstand der CSU behandelt werden. Hier steht: Der Bundesparteivorstand nimmt zustimmend davon Kenntnis, daß das Präsidium der CDU, die Fraktionsführung der CDU/CSU und der Vorstand der CSU eine Kommission bestellen. (*Unruhe.*) Wir sollten folgendes sagen: Der Bundesparteivorstand beauftragt das Präsidium, zusammen mit der Fraktionsführung und dem Vorstand der CSU eine Kommission zu bestellen.

Dann haben wir den Auftrag von uns gegeben, und Sie können auswählen, wieviel Personen, die geeignet sind, hineinkommen.

*Adenauer:* Bitte sehr, Herr Kollege Kiesinger!

*Kiesinger:* Herr Vorsitzender! Ich habe auch meinerseits einen Vorschlag zur Güte zu machen. Zunächst einmal muß der Bundesvorstand beschließen. Er nimmt nicht etwas zur Kenntnis, das von einem anderen Gremium beschlossen worden ist, sondern er muß beschließen. Die Schwierigkeit liegt bei der CSU, denn wir können ja nicht beschließen, was die CSU tun soll. Der Vorstand kann sich nicht selbst entmannen. Der Vorstand muß also die Möglichkeit haben, wenn nun diese Kommission mit dem Bundeskanzler verhandelt, dieses Verhandlungsergebnis zu besprechen und dazu Stellung zu nehmen. (*Kohl:* Natürlich!) Er muß also genau, wie das nachher der Fraktion vorgelegt wird, sich dazu äußern. (*Kohl:* Das ist völlig klar!) Das ist das Problem, und dahin müssen wir kommen. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

*Erhard:* Ich würde sagen, der Bundesparteivorstand ersucht das Präsidium der CDU. (*Mehrere Zurufe:* „Beauftragt“! – *Anhaltende Unruhe.*)

*Adenauer:* Bitte sehr, Herr Kollege Gerstenmaier<sup>51</sup>.

*Gerstenmaier:* Meine Damen und Herren! Ich meine, daß der Vorschlag der beiden Ministerpräsidenten rasch akzeptiert werden könnte. Herr Kiesinger hat sicher recht damit, daß dieser Vorstand ein Anrecht darauf hat, daß, wenn er eine solche Vollmacht erteilt, das bevollmächtigte und beauftragte Gremium dann hier dazu berichtet und der Bundesvorstand Stellung dazu nimmt.

Das scheint mir wichtiger zu sein, als wenn man jetzt den Versuch machen würde, eine vielleicht doch nicht hundertprozentig geglückte Kommission personell zu bestimmen. In diesem Falle müßte ich auch Bedenken anmelden, die auf der Linie des Fraktionsvorsitzenden liegen. Ich habe heute vormittag im Präsidium versucht, Herrn Dr.

---

51 Prof. Dr. Eugen Gerstenmaier (1906–1986), Theologe; 1949–1969 MdB (CDU), 1952–1954 Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion, 1954–1969 Präsident des Bundestags. Vgl. LEXIKON S. 247–249; Matthias STICKLER: Eugen Gerstenmaier, in: CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN HITLER S. 217–226.

Barzel darüber zu beruhigen, daß hier der Fraktion nichts vorweggenommen wird. Aber ich hätte gegen den Vorschlag, daß jetzt hier eine Kommission bestellt wird, in der Tat Bedenken; denn der Fraktionsvorsitzende muß natürlich eine hinreichende Mitwirkungsmöglichkeit seines Fraktionsvorstands und der Fraktion sicherstellen. Ich glaube, wenn man den Vorschlag von Meyers und Kiesinger zusammennimmt in eine Formulierung, daß man dann aus der Sache herauskommt und allen Genüge getan ist. (*Unruhe und Bewegung.*)

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Wir haben die Anregungen gehört. Ich für meine Person kann Ihnen nur sagen, daß selbstverständlich das Parteipräsidium nicht etwa – wie soll ich sagen – ein Regiment für sich ist, sondern der Aufbau unserer Partei ist so: Bundespartei Vorstand nebst Parteipräsidium. Wir haben vor einigen Jahren das Parteipräsidium anstelle des engeren Vorstands geschaffen. Aus dem ist es hervorgegangen, weil wir etwas die Arbeit straffen wollten. Aber es steht über ihnen auch der Parteiausschuß. Das müssen Sie auch bedenken. Der Parteiausschuß, darüber brauchen wir nicht zu sprechen, kommt ja in der Parteiversammlung ... (*Sehr starke Unruhe.*) Meine Herren! Ich bitte doch um Ruhe, man muß doch eine solche Sache einmal durchdenken. Ich wiederhole deshalb noch einmal: Das Präsidium ist vor einigen Jahren durch Beschluß von Ihnen anstelle des engeren Vorstands geschaffen worden. (*Anhaltende und starke Unruhe.*) Das Parteipräsidium ist also – vielleicht hören Sie doch einmal zu – ein Sproß des Bundesvorstands. Infolgedessen sind wir verpflichtet, Ihnen Rechenschaft oder auch Beteiligung zu geben. (*Anhaltende Unruhe.*) Die Fraktion, meine Damen und Herren, hat ja nun gewisse Rechte, die unabhängig sein müssen von irgendeiner Parteiorganisation, weil jeder Abgeordnete entsprechend seinem Gewissen stimmen muß. Da muß nun die Geschicklichkeit des Kollegen Barzel einsetzen, der dafür sorgt, daß eine Verbindung zwischen der Parteiorganisation und der Fraktion hergestellt wird. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Meine Herren! Ich rede jetzt so lange, bis Sie ruhig sind! (*Bewegung.*) Sie müssen sich auch in die Rolle von Herrn Barzel hineinversetzen. Er bekommt – dabei wird er sicher zum Fraktionsvorsitzenden gewählt werden – nun eine Fraktion, die 30 % neue Mitglieder hat. Die 30 % neuer Mitglieder kommen alle nach Bonn mit Erwartungen und geschwellter Brust, und sie sagen „die Fahne hoch“ – nein, das will ich nicht sagen –, aber doch mit ähnlichen Gefühlen. Und da muß Herr Barzel darauf achten, daß er ihnen sagen kann: Ich bin für eure Rechte eingetreten.

Ich glaube aber, meine Herren, wir werden in der Sache selbst unbedingt zu einer Verständigung kommen. Es kommt hinzu – das hat Herr Meyers mit Recht hervorgehoben –, daß die CSU nicht zu unserer Partei gehört, sondern eine Fraktionsgemeinschaft mit uns hat, sie ist aber eine selbständige Partei. Nota bene wird sie, wenn die Wahl in Schweinfurt<sup>52</sup> vorüber ist, so stark sein wie die FDP. Ich hoffe nur, daß sie bescheidener auftritt als die FDP. (*Stürmische Heiterkeit.*) Wenn ich mir vorstelle, sie würde auftreten

52 In der Wahl am 3. Oktober 1965 erreichte die CSU 57,2%. Gewählt wurde Dr. Max Schulze-Vorberg (60,8% der Erststimmen). – Die Verschiebung der Wahl war durch den Tod des Direktkandidaten der DFU gemäß Wahlgesetz vom 7. Mai 1956 § 79 (BGBl 1956 I S. 383) notwendig geworden.

wie die FDP, dann müßte ich sagen: Gnade Gott dem Bundeskanzler. (*Unruhe und Bewegung.*) Der würde doch von allen Seiten weggerissen. Aber ich habe den Glauben, daß das mit der Fraktionsgemeinschaft gut geht und daß wir sogar besser und fester zusammenarbeiten werden als vorher. Jedenfalls glaube ich, daß das die Absicht auf beiden Seiten ist.

Ich schlage vor, nunmehr die Konzeption von Herrn Kiesinger vorzulesen. (*Anhaltende lebhaft Unruhe.*) Meine Herren! Wie lange wollen Sie das noch machen? – Bitte sehr, Herr Mikat<sup>53</sup>!

*Mikat:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich würde wie folgt formulieren: Der Bundesparteivorstand beauftragt das Präsidium der CDU, zusammen mit der Fraktion der CDU/CSU und dem Vorstand der CSU eine Kommission zu bestellen, um die wesentlichen Sach- und Personalfragen mit dem Vorschlag eines Bundeskanzlers abzustimmen und dem Bundesparteivorstand rechtzeitig vorzulegen. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

*Adenauer:* Ich habe sehr große Bedenken. Ich will sie Ihnen auch sagen. Bis zum 20. Oktober besteht die Bundestagsfraktion im alten Umfang wie bisher. Nun kommen die 30 % neuer Mitglieder hinzu. Es wird deshalb sehr schwierig sein. Herr Barzel, wie Sie das machen wollen, weiß ich nicht. Die alten wollen möglichst nicht auf den Fuß getreten werden, und die neuen wollen etwas zu sagen haben. Und der Parteivorstand, will der beide als gleichberechtigt betrachten? Das weiß ich nicht.

*Krone:* Heute morgen im Parteipräsidium waren wir uns darüber einig, daß eine Kommission gebildet werden muß. Das war auch der Wunsch und das Anliegen der CSU. Dem wird also Rechnung getragen. Hier ist nur vorgeschlagen, daß der Bundesparteivorstand primär das Präsidium beauftragt. Das ist dasselbe in der Sache, Herr Bundeskanzler, wie der Beschluß von heute morgen, nur ist es etwas legitimer als bisher. (*Anhaltende Unruhe.*)

*Adenauer:* Das Wort hat Herr Gradl<sup>54</sup>.

*Gradl:* Während eben da oben lebhaft darüber debattiert worden ist, haben wir uns auch hier unterhalten. Wir haben einen Vorschlag, der in wesentlichen Punkten mit dem von Herrn Mikat übereinstimmt, nur in einem Punkt nicht. Dieser Punkt bezieht sich auf die Fraktionsführung. Wir würden so vorschlagen: „2. Der Bundesparteivorstand beauftragt das Präsidium der CDU, zusammen mit der Fraktionsführung der CDU/CSU und mit dem Vorstand der CSU eine Kommission zu bestellen, die die wesentlichen Sach- und Personalfragen mit dem vorgeschlagenen Bundeskanzler abstimmt und dem Bundesvorstand berichtet.“ (*Unruhe und Zurufe:* Vorlegt!) Jedenfalls sind da die richti-

---

53 Prof. Dr. Paul Mikat (geb. 1924), Hochschullehrer; 1962–1966 Kultusminister in Nordrhein-Westfalen (CDU), 1966–1969 MdL, 1969–1987 MdB, seit 1967 Präsident der Görres-Gesellschaft. Vgl. LEXIKON S. 331 f.

54 Dr. Johann Baptist Gradl (1904–1988), Volkswirt; 1957–1980 MdB (CDU), 1965/66 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1966 auch für gesamtdeutsche Fragen, 1970–1987 Vorsitzender der Exil-CDU. Vgl. LEXIKON S. 256 f.

gen Gruppen erfaßt. (*Zuruf*: Das hat Herr Mikat gesagt!) Nein, er hat von der Fraktion gesprochen, während wir „die Fraktionsführung“ sagen.

*Adenauer*: Meine Herren! „Fraktionsführung“ ist natürlich die alte Führung. (*Lebhafte Unruhe*.)

*Gradl*: Herr Bundeskanzler! Am nächsten Donnerstag wird auf alle Fälle die jetzige Fraktionsführung auch von der neuen moralisch legitimiert. Das ist doch absolut sicher.

*Adenauer*: Können wir uns auf den Vorschlag Gradl-Kiesinger einigen? (*Lebhafter Beifall*.) Vielleicht lesen Sie ihn noch einmal vor.

*Gradl*: Ziffer 2 würde dann heißen: Der Bundespartei Vorstand beauftragt das Präsidium der CDU, zusammen mit der Fraktionsführung der CDU/CSU und mit dem Vorstand der CSU eine Kommission zu bestellen, die die wesentlichen Sach- und Personalfragen mit dem vorgeschlagenen Bundeskanzler abstimmt und dem Bundesvorstand einen Bericht vorlegt.

*Adenauer*: Ist Herr Strauß noch da? – Meine Herren! Sind Sie damit einverstanden? (*Mikat*: Ich würde sagen, rechtzeitig darüber berichten! – *Anhaltende Unruhe*.) Meine Herren! Wir stimmen darüber ab. Ich bitte also diejenigen, die für diese Fassung sind, eine Hand zu erheben. – Also, Sie sind regenerationsfähig und einig. (*Starke Heiterkeit*.) Meine Herren! Dann kommen wir zum Punkt „Verschiedenes“. Darf ich fragen, ob das Wort dazu gewünscht wird? (*Meyers*: Wie ist das mit dem Entschließungsentwurf?) Der kommt danach! (*Meyers*: Hinter „Verschiedenes“?) Wie meinen Sie? (*Meyers*: Der müßte doch eigentlich vorgezogen werden auf der Tagesordnung. – *Heiterkeit und starke Unruhe*.) Wir arbeiten nicht so schnell wie Sie in den Ländern. Diesen Entwurf fanden wir hier vor. Ich habe ihn auch noch nicht gelesen, auch der Herr Bundeskanzler noch nicht, er schreibt die ganze Zeit und verbessert noch daran. Das kommt also auch noch dran, aber lassen wir doch zuerst den Punkt „Verschiedenes“ nehmen. – Bitte sehr, Herr Barzel!

## VERSCHIEDENES

*Barzel*: Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, das Parteipräsidium für Freitag früh einzuladen, weil uns sonst alle Termine verstreichen werden, um die gemeinsame Kommission zu bilden. (*Anhaltende Unruhe*.)

*Adenauer*: Das Präsidium am Freitag früh um 10.00 Uhr? Herr Strauß, können Sie am Freitag vormittag? (*Strauß*: Wozu, Herr Bundeskanzler?) Zu einer Sitzung unseres Präsidiums mit Ihnen. (*Strauß*: Wenn unvermeidbar, ja!) Es ist unvermeidbar! – Also, dann wollen wir es so machen. Wir werden am Freitag zusammenkommen. Am Donnerstag kommt die Fraktion zusammen. (*Unruhe*.) Meine Damen und Herren! Das Programm ist so: Am Donnerstag Bundestagsfraktionssitzung um 11.00 Uhr. (*Unruhe*.) Ist Ihnen das zu spät? (*Stingl*<sup>55</sup>: Das Präsidium kann doch am Donnerstag nachmittag ta-

55 Josef Stingl (1919–2004), Diplom-Politologe; 1953–1968 MdB (CDU), 1955–1971 Lehrbeauftragter für Politische Wissenschaft an der FU Berlin, 1964–1969 Vorsitzender des LV Oder-Neiße, 1968–1984 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit. Vgl. LEXIKON S. 374.

gen!) Meinetwegen um Mitternacht. Mir ist es recht. Denken Sie doch daran, wir wissen noch gar nicht, was die 30 % neuer Mitglieder der Bundestagsfraktion sagen werden. (*Bewegung und Unruhe.*) Ich bin ja dafür, daß das Präsidium eingeladen wird für Freitag vormittag. Ich bitte Sie, Herr Strauß, dazu zu erscheinen. (*Zurufe:* Warum nicht am Donnerstag nachmittag?) Lassen Sie doch ein bißchen Zeit, denn nachher haben wir Dummheiten gemacht. Sie wissen gar nicht, was sich in der Fraktion tut. – Bitte sehr, Herr Kollege Gerstenmaier!

*Gerstenmaier:* Ich bin dagegen, daß wir vier Stunden tagen. Wenn wir am Donnerstag um 11.00 Uhr anfangen mit der neuen Fraktion, sind wir doch spätestens um 2.00 Uhr fertig. Warum sollten wir also nicht um 16.00 Uhr eine Sitzung des Präsidiums machen? Sonst ist doch der Tag kaputt. (*Unruhe.*)

*Adenauer:* Dann sagen wir Donnerstag um 6.00 Uhr nachmittags. Wir müssen doch schon aus Anstand der neuen Fraktion etwas Zeit lassen. Verstehen Sie das denn nicht? Wenn wir die Fraktion einladen für zwei oder drei Stunden, dann sagen die Mitglieder: Wie werden wir behandelt? (*Kohl:* Wie der Vorstand! – *Heiterkeit.*) – Bitte sehr, Herr Barzel!

*Barzel:* Die Anregung, das Präsidium am Freitag einzuladen, hatte ich mir erlaubt zu geben. Ich wäre sehr dankbar, wenn es dabei bleiben könnte. Man sollte am Donnerstag der Fraktion Zeit lassen. Wenn sie in einer Stunde fertig ist, um so besser. Ich glaube, nach dem Tempo, das wir vorhaben, wird es notwendig sein, daß das eine oder andere erledigt ist. Es gibt auch gewisse Regularien. Die Landesverbände müssen z. B. die neuen Landessprecher wählen. Wenn die Landessprecher nicht gewählt sind, können wir die Ausschußobleute nicht wählen. Wenn die Ausschußobleute nicht gewählt werden, können wir die Ausschüsse nicht besetzen. Dann können wir aber nicht am 20. Oktober fertig sein. Die Frage ist, wollen wir am 20. Oktober einen Bundeskanzler haben, und wollen wir dieses komplizierte Verfahren wählen, wo wir jetzt drei Bänke haben, nämlich eine Bank CDU, eine Bank CSU und eine dritte Bank Fraktion? Soweit sind wir jetzt. Auf der Bank gibt es also drei verschiedene Abteilungen. Wenn wir dieses komplizierte Verfahren wählen wollen, dann müssen wir uns jetzt im zeitlichen Ablauf Schwierigkeiten machen.

Deshalb hatte ich alles andere vergessen und nur darum gebeten, am Freitag früh eine Sitzung des Parteipräsidiums abzuhalten, damit wir nicht in Verzug kommen. Ich nehme an, der Herr Kollege Strauß wird morgen den CSU-Teil, und das Präsidium der CDU wird am Freitag den CDU-Teil erledigen. Den gemeinsamen Teil der Fraktion werden wir am Donnerstag erledigen. Ich bitte Sie deshalb, es am Freitag vormittag zu machen.

*Adenauer:* Meine Herren! Schließlich ist das auch eine Sache des Präsidiums. Wir beabsichtigen, das Präsidium am Freitag vormittag einzuladen. – Bitte sehr, Herr Fricke<sup>56</sup>!

---

56 Dr. Otto Fricke (1902–1972), Unternehmer; 1947–1951 und 1955–1970 MdL Niedersachsen (CDU), 1948–1950 Minister für Wirtschaft und Verkehr, 1952–1968 Vorsitzender des LV Braunschweig, 1960–1969 Vorsitzender der CDU in Niedersachsen. Vgl. LEXIKON S. 241.

*Fricke:* Zum Punkt „Verschiedenes“! Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Bundeskanzler! Es ist vielleicht noch wichtig, hier ein Wort zu verlieren über das niedersächsische Verhältnis, und zwar im Schatten des im Frühjahr abgeschlossenen Konkordates<sup>57</sup>. Das dürfte auch unsere Nachbarländer interessieren. Sie alle wissen, daß das Anfang Mai für uns keine leichte Entscheidung gewesen ist. Die vier FDP-Minister, an der Spitze der Stellvertretende Ministerpräsident und Landesvorsitzende Karl [sic!] Graaff<sup>58</sup>, standen zum Konkordat und zur Schulgesetznovelle<sup>59</sup>. Auch nach einer Delegiertenkonferenz der FDP in Uelzen,<sup>60</sup> die Konkordat und Schulgesetznovelle abgelehnt hatte, stand am Dienstag darauf in einer Ministerbesprechung die Mannschaft der vier FDP-Minister unter Führung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden Graaff weiter zum Konkordat und zur Schulgesetznovelle, sie änderten nur die Begründung.

In dieser Situation standen wir Anfang Mai. Als nun die Fraktion der FDP, zwar nur 16 Leute, aber unter Führung des radikalen nihilistischen Vorsitzenden Hedergott<sup>61</sup>, streikte, löste sich das Kabinett auf. Wir standen vor der Frage, mit Ministerpräsident Diederichs<sup>62</sup> zu verhandeln. Herr Bundeskanzler, ich erinnere Sie an unsere vier Fern-

57 Am 26. Februar 1965 vom niedersächsischen Ministerpräsidenten, Georg Diederichs, und dem Apostolischen Nuntius in Deutschland, Corrado Bafile, unterzeichnet und im Juli von der SPD-CDU-Koalition verabschiedet; der Austausch der Ratifizierungsurkunden erfolgte am 4. Oktober 1965. Vgl. Julius SEITERS: Dreißig Jahre Niedersachsen-Konkordat, in: Die Diözese Hildesheim in Vergangenheit und Gegenwart 63 (1995) S. 257–279; Dieter RADTKE: Zum niedersächsischen Konkordat, in: Niedersächsische Verwaltungsblätter 4 (1997) S. 49–56.

58 Carlo Graaff (1914–1975), Diplom-Ingenieur; 1955–1959 und 1965–1975 MdB (FDP), 1957–1968 Landesvorsitzender der FDP Niedersachsen, 1961–1965 Minister für Wirtschaft und Verkehr, 1963 MdL Niedersachsen.

59 Die Schulgesetznovelle nach dem Konkordat wurde mit 100 gegen 26 Stimmen bei einer Enthaltung am 30. Juni 1965 angenommen und trat am 1. Oktober in Kraft, vgl. AdG 1965 S. 11933. Vgl. auch Niedersächsische Staatskanzlei (Hg.): Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 18/1965, ausgegeben am 15. Juli 1965 S. 191 und Nr. 24/1965, ausgegeben am 15. Oktober 1965 S. 224; Hans Jürgen TOEWS: Die Schulbestimmungen des niedersächsischen Konkordats. Mit einem Anhang der einschlägigen Rechtsquellen. Göttingen 1967.

60 Der Landesausschuß der niedersächsischen FDP hatte am 28. März 1965 in Uelzen einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen, der Landtagsfraktion und den politischen Führungsgremien zu empfehlen, der Ratifikation des Staatsvertrages mit dem Heiligen Stuhl nicht zuzustimmen und auch die geplante Novellierung des Schulgesetzes von 1954 abzulehnen.

61 Winfrid Hedergott (1919–2002), Jurist und Hochschullehrer; 1949–1957 stv. Landesvorsitzender der FDP Niedersachsen, 1951–1970 und 1974–1978 MdL Niedersachsen (1958–1970 und 1974–1978 Fraktionsvorsitzender). – Im Streit um das Niedersachsen-Konkordat (Schulartikel) vertrat Hedergott in Übereinstimmung mit der FDP-Bundestagsfraktion und im Gegensatz zu den kompromißbereiten FDP-Bundesministern die ablehnende Haltung der FDP. Am 24. April bzw. 4. Mai traten die FDP-Minister zurück; die SPD bildete mit der CDU eine große Koalition.

62 Dr. Georg Diederichs (1900–1983), Pharmazeut; 1926 DDP, 1930 SPD, 1945/46 Bürgermeister von Northeim, 1947–1974 MdL Niedersachsen, 1948/49 MdPR, 1957–1961 Sozialminister von Niedersachsen, 1961–1970 Ministerpräsident.

gespräche. Es war für uns eine aussichtslose Situation, und dennoch haben wir die Fraktion, die sich aus 61 evangelischen und 21 katholischen Abgeordneten zusammensetzt, einmütig auf den Standpunkt gestellt, wir können hier nicht Nein sagen. Es ist bedrohlicher, wenn die SPD in die Wahlkämpfe ziehen und sagen kann: Wir hatten Frieden mit der Kirche, wir hatten ein Konkordat, aber die CDU in Niedersachsen hat sich der Verabschiedung versagt unter Mitwirkung im Kabinett.

Ich meine, der Wahlausgang hat uns recht gegeben.<sup>63</sup> Die FDP, die ihr Parteisüppchen kochen wollte, hat bei uns um 3 %, wie auf der Bundesebene, verloren. Sie hat häufig plakatiert mit einem schwarzen und einem roten Reiter und darunter geschrieben: Denkt an das Konkordat. – Die Tatsache, daß nun von den eine Million Stimmen, die die CDU insgesamt gewonnen hat, 330.000 in Niedersachsen gewonnen wurden, beweist eindeutig, daß unsere Politik richtig gewesen ist. Es hat sich für uns ausgezahlt, daß wir bereit waren, in Niedersachsen die Verantwortung in dieser Situation im Mai zu übernehmen. Das ist doch alles sehr beachtlich. Das wollte ich noch einmal sehr deutlich gesagt haben.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Wir danken für diese Ausführungen. Ich möchte aber etwas hinzufügen. Seitdem ich denken kann, haben wir mit Niedersachsen immer Schwierigkeiten gehabt. Es mag sein, was es will. Es ist leider so. Das liegt in der Natur der Dinge. Jedenfalls stelle ich fest, daß wir den Nuntius<sup>64</sup> gebeten haben, die Sache zu verzögern, solange es irgendwie mit Anstand möglich war. Und er hat das auch gemacht. Schließlich sagte er, ich kann nicht mehr, die Herren von Niedersachsen drängen, und sie sind alle einig. Dann wurde das Konkordat geschlossen. (*Fricke:* Jedenfalls war es ein Beitrag zu dem großen Wahlerfolg.) Ich habe den herzlichen Wunsch, meine Herren, daß nicht jetzt jedes Land anfängt, ein Konkordat zu schließen. (*Unruhe und Heiterkeit.*)

Wird noch das Wort gewünscht zum Punkt „Verschiedenes“? Das scheint nicht der Fall zu sein. (*Burgbacher*<sup>65</sup>: Die Entschließung!) Die kommt jetzt dran. Dann können wir zu der Entschließung übergehen. Da müssen einige kleine Änderungen gemacht werden. – Bitte sehr, Herr Kraske!

*Kraske:* Es liegt folgender Entschließungsentwurf vor: „Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union dankt den deutschen Wählern, daß sie der CDU durch ihre Entscheidung am 19. September 1965 weiterhin die Führung der deutschen Politik anvertraut haben.“

---

63 Ergebnis der Bundestagswahl 1965 in Niedersachsen: CDU 45,8% (1961: 39%), SPD 39,8% (38,7%), FDP 10,9% (13,2%). Vgl. FISCHER 2 S. 688, 690.

64 Corrado Bafile (1903–2005), päpstlicher Diplomat; seit 1939 im päpstlichen diplomatischen Dienst, 1960 Titularerzbischof von Antiochien in Pisidien, 1960–1975 Apostolischer Nuntius für Deutschland.

65 Dr. Fritz Burgbacher (1900–1978), Wirtschafts- und Steuerberater; seit 1955 Honorarprofessor; 1957–1976 MdB (CDU), 1958–1977 MdEP (1973–1976 Vizepräsident), 1960–1967 Bundesschatzmeister der CDU, 1967–1969 Mitglied der Nordatlantischen Versammlung. Vgl. LEXIKON S. 209f.

Die Christlich-Demokratische Union wird sich auch in Zukunft bemühen, die Politik der Bundesrepublik Deutschland in christlicher Grundgesinnung zu führen und an der Verwirklichung des freiheitlichen, sozialen Rechtsstaates weiterzuarbeiten.

Die deutschen Wähler haben erneut bewiesen, daß ein mündiges Volk wohl zu unterscheiden versteht, was leere Versprechungen sind und welche politischen Kräfte in unserem Land die unbeirrte Fortsetzung einer soliden, vorwärtsgerichteten Politik garantieren.

Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union dankt allen Helfern in dieser Wahl, die mit beispielhaftem Fleiß an der Aufklärung des Volkes über die Ziele und Leistungen der CDU mitgewirkt haben. Dieser Dank gilt der Arbeit der Organisation in allen ihren Stufen, aber auch den Frauen und Männern, deren rastloser persönlicher Einsatz in diesem Wahlkampf die Wähler von der Stärke, dem Ideenreichtum und der Opferbereitschaft dieser großen Volkspartei überzeugt hat.

Die CDU hat nie etwas von Versprechungen gehalten. Sie verpflichtet sich, ihre bisher erfolgreiche Arbeit für unser ganzes Volk zielstrebig fortzusetzen, bis Freiheit, Sicherheit und Friede für das ganze Deutschland erreicht sind.“

Ich darf dazu einige Änderungen vorschlagen. Ich meine, daß wir Politik aus christlicher Gesinnung treiben und zur Verwirklichung des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates beitragen, ist kein Gegenstand von Bemühungen in der Zukunft, sondern eine Tatsache. Deswegen würde ich vorschlagen, das Wort „bemühen“ zu streichen und nur zu sagen: Die CDU wird auch in Zukunft die Politik der Bundesrepublik Deutschland – was wohl besser heißt, ihre Politik, nämlich die der CDU – in christlicher Verantwortung führen und an der Verwirklichung des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates weiterarbeiten.

Ich finde „christliche Verantwortung“ besser als „christliche Grundgesinnung“.

*Kiesinger:* Wenn wir schon bei der Redaktion sind, dann würde ich vorschlagen, Herr Vorsitzender, den zweiten Absatz zunächst wegzulassen und unmittelbar nach dem Absatz 1 weiter fortzufahren mit dem Absatz 3. Das macht sich sehr viel besser; denn wir machen hier zweimal ein Gelübde, nämlich einmal im Absatz 2 und einmal im letzten Absatz. Im letzten Absatz würde ich davor warnen, den Satz stehen zu lassen: „Die CDU hat nie etwas von Versprechungen gehalten“. (*Heiterkeit und Beifall, Unruhe.* – Kohl: Bundesparteitag<sup>66</sup> in Düsseldorf!)

*Adenauer:* Bitte sehr, Herr Gerstenmaier!

*Gerstenmaier:* Ich stimme Herrn Kiesinger zu. Absatz 1 kann stehen bleiben. Absatz 2 kommt vor den Schlußabsatz. Zum Absatz 3 empfehle ich zu sagen: „Die deutschen Wähler haben erneut bewiesen, daß ein mündiges Volk zwischen Leistung und Erfolg wohl zu unterscheiden versteht.“ Mit „leeren Versprechungen“ würde ich nicht schreiben, sondern streichen. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich weiß auch nicht, ob Sie im zweiten Absatz das mit der christlichen Grundgesinnung haben wollen. So christlich sind wir näm-

<sup>66</sup> Am 28.–31. März 1965. Zu den Beschlüssen meinte Adenauer: „So schön Worte und so gut gute Vorsätze sind, die man danach faßt – die Hauptsache ist die Tat.“ Vgl. CDU, 13. BUNDESPARTEITAG S. 729. Vgl. auch KLEINMANN S. 246–248.



lich gar nicht mehr. (*Starke Unruhe.*) Ich würde lieber sagen „christliche Verantwortung“.

*Kraske:* Das habe ich doch gesagt!

*Gerstenmaier:* Als Schlußsatz würde ich empfehlen: „Die CDU verpflichtet sich, ihre bisher erfolgreiche Arbeit für unser ganzes Volk zielstrebig fortzusetzen.“ (*Anhaltende Unruhe.*)

*Adenauer:* Herr Gerstenmaier! Ich glaube, die meisten von uns konnten Ihnen jetzt nicht folgen. Würden Sie es bitte noch einmal verlesen, wie Sie es tatsächlich haben wollen!

*Gerstenmaier:* Es ist nichts schwieriger als ein Redaktionskomitee im Bundesvorstand der CDU. (*Heiterkeit.*) Also, der erste Absatz, wie er hier steht. Dann kommt der dritte Absatz. Er heißt: „Die deutschen Wähler haben erneut bewiesen, daß ein mündiges Volk Leistung und Erfolg zu würdigen versteht.“ Auf das „wohl“ kann man verzichten. Dann kommt der vierte Absatz. Der kann stehen bleiben; obwohl ich lieber sähe, wenn uns das andere bescheinigen, als daß wir es selber tun. Ich würde aber Wert darauf legen ...

*Adenauer:* Verzeihen Sie, Herr Gerstenmaier, Sie machen immer zwischendurch – zwischen der vorzuschlagenden Formulierung – Abschweifungen, so daß man gar nicht die eigentliche Formulierung erkennen kann. (*Heiterkeit und Unruhe.*)

*Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler! Ich meine, die „Wähler von der Stärke, dem Ideenreichtum usw.“ Das könnte stehen bleiben. (*Meyers:* Ich würde es streichen.) Sie wollen es streichen? (*Meyers:* Ja!) Herr Ministerpräsident Meyers ist dafür, den „Ideenreichtum“ zu streichen. (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Als neuer Absatz vor dem Schluß würde ich sagen: „Die Christlich-Demokratische Union wird sich auch in Zukunft bemühen, die deutsche Politik in christlicher Verantwortung zu führen und an der Verwirklichung des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates weiterzuarbeiten. Die CDU verpflichtet sich, ihre bisher erfolgreiche Arbeit für unser ganzes Volk zielstrebig fortzusetzen.“ (*Sehr starke Unruhe.*)

*Adenauer:* Haben wir denn den freiheitlichen Rechtsstaat immer noch nicht verwirklicht? (*Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Haben wir den noch immer nicht verwirklicht? (*Gerstenmaier:* Das „Soziale“ haben wir noch nicht verwirklicht.) Es scheint noch sehr heiter zu werden bei dieser anhaltenden Unruhe. Meine Herren! Worauf ich Wert lege, möchte ich Ihnen sagen, daß nämlich das Wort von der „christlichen Verantwortung“ bleibt und hineinkommt! (*Lebhafte Zustimmung.*)

*Gerstenmaier:* „Christliche Verantwortung“ habe ich gesagt. Dabei wollen wir es belassen.

*Kraske:* Ich habe davon gesprochen, aber die „Bemühungen“ müssen heraus, es soll eine Tatsache werden. (*Gradl:* Das haben wir doch gesagt!)

*Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler! Man kann sich fragen, ob man den Satz streichen soll „und an der Verwirklichung des freiheitlichen, sozialen Rechtsstaates weiterzuarbeiten“. Das versteht sich von selbst. Wenn Sie den Schlußsatz lesen, so steht das

sowieso drin. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Wenn Sie es kürzen, dann ist das doch besser.

*Adenauer:* Ja, wenn Sie jetzt klug sind mit der Formulierung von Herrn Gerstenmaier – ich bin es nicht. Aber ich finde den Satz, Herr Gerstenmaier, „und an der Verwirklichung des freiheitlichen, sozialen Rechtsstaates weiterzuarbeiten“ ... (*Sehr starke Unruhe.*) Aber, meine Herren, wenn nur einer spricht, ist es wirklich besser zu verstehen. So geht es ja nicht. Wie kann man da noch vernünftig formulieren. Es ist nicht zu verstehen. Also, was wollen Sie davon streichen?

*Gerstenmaier:* Man kann es auch stehen lassen. Aber je kürzer und knapper es ist, desto besser ist es und überzeugender.

*Adenauer:* Das ist keine neue Weisheit.

*Kraske:* Ich schlage vor, daß wir uns beim freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat nicht bemühen, sondern daß wir fortfahren mit dem Schluß „... in christlicher Verantwortung. Sie verpflichtet sich, ihre bisher erfolgreiche Politik bis zum Ende fortzusetzen.“ (*Anhaltende stürmische Heiterkeit.* – *Zurufe:* Bis zu ihrem Ende! – *Weiterer Zuruf:* Bis zu ihrem bitteren Ende. – *Anhaltende Heiterkeit.*)

*Adenauer:* Also, meine Herren, ich weiß mir jetzt keine andere Rettung mehr, als ein Redaktionskomitee einzusetzen. Ich schlage dazu vor, Herrn Ministerpräsident Kiesinger, Herrn Bundestagspräsident Gerstenmaier und Herrn Kraske. (*Beifall.*) – Bitte, Herr Klepsch!

*Klepsch:* Ich stelle einen weiteren Zusatzantrag.

*Adenauer:* Der geht an die Redaktionskommission. Über den wird hier nicht mehr diskutiert. (*Klepsch:* Ich möchte nur in der zweiten Zeile hinter dem Wort „CDU“ noch hinzufügen „und Bundeskanzler Erhard“.) Herr Klepsch, das tun wir auch, wenn der Herr Erhard nicht mehr da ist. (*Unruhe und Bewegung.* – *Klepsch:* Wir könnten es einsetzen!) Nein, entschuldigen Sie, dann haben wir Schwierigkeiten mit dem Herrn Bundespräsidenten. Ich bitte Sie dringend, sich zu korrigieren. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Meine Herren! Damit wäre Punkt „Verschiedenes“ auch erledigt.

*Kraske:* Herr Bundeskanzler! Ich habe noch einen Punkt. Ohne vorauszuahnen, wie das Wahlergebnis für uns und auch diese Sitzung ablaufen würden, habe ich mir erlaubt, ein kaltes Büffet zu bestellen. Diejenigen, die heute abend noch auf die Reise gehen, haben die Möglichkeit, ab 17.30 Uhr, d. h. ab jetzt, sich nebenan zu stärken.

*Adenauer:* Damit darf ich die Sitzung schließen.